

Metallarbeiter-Gewerkschaft.



Mitgliedsbuch.

Herr *Reiner Sommer*

aus

Wetterdorf

ist eingetreten

am 23. März 1898

in

Tippeb.

für den Ausschuss *J. Schaefer* Bevollmächtigter.

100 Jahre Sozialistengesetz · Katalog zur Ausstellung des SPD-Bezirks Mittelrhein

Zu dieser Ausstellung

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte - auch mit der unserer Partei - ist kein Selbstzweck, der sich in Studierstuben vollzieht. Vielmehr soll die Darstellung von Geschichte, wie sie in dieser Ausstellung versucht wird, helfen, Erlebtes und Erlittenes verständlich zu machen auch für Generationen, die dem Dargestellten scheinbar weit entfernt sind. Gerade am Beispiel des Sozialistengesetzes läßt sich deutlich machen, wie die junge Partei, in ihrer Existenz tödlich bedroht, durch den solidarischen Zusammenhalt der meisten ihrer Mitglieder ihre erste Probe bestanden hat.

Diese Erfahrungen waren es unter anderen auch, die es ihr möglich gemacht haben, unter dem Faschismus ihre Identität zu bewahren.

Diese Ausstellung zeigt aber auch die individuelle Bedrückung durch Bespitzelung und polizeiliche Schikane, die Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage durch die Arbeitgeber, die den Arbeitern und ihren Familien ihre Existenz nahmen, wenn sie der Partei und ihren Grundsätzen die Treue hielten. Der in den staatlichen Berichten über die Aktivitäten der Sozialdemokratie immer als Schlußfloskel auftauchende Satz: "Zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes ist Seitens der Arbeitgeber in letzterer Zeit nichts geschehen." kennzeichnet entlarvend die vorgebliche Fürsorge eines sich christlich gebenden Obrigkeitsstaates deutscher Prägung.

Die Auseinandersetzung mit und unter dem Sozialistengesetz hat die Partei und ihre Mitglieder in ihrem Bewußtsein nachhaltig geprägt, geprägt in ihrem Verhältnis zu einem Staat, den sie nicht als den ihren empfinden konnten, da er sie nicht als Bürger, geschweige denn als gleichberechtigte behandelte, sondern als Staatsfeinde. Dieses Bewußtsein bestimmte die Programmatik der Partei und prägte den Rahmen für die praktische Politik, insbesondere der Reichstagsfraktion. Dieses Bewußtsein muß man aber auch berücksichtigen, wenn es um die historische Beurteilung und Wertung der Entscheidungen und Fehlentwicklungen späterer Jahre geht. Hierzu einen Beitrag zu liefern ist Zweck unserer Ausstellung.

Die Ausstellung besteht im wesentlichen aus bisher unveröffentlichtem Material des Historischen Archivs der Stadt Köln. Sie beschränkt sich notwendigerweise auf den Kölner Raum, da es nicht möglich war, den gesamten Bereich unseres Bezirks zu erforschen.

Unser besonderer Dank gilt Frau ULRIKE NYASSI vom Historischen Archiv, die in mühevoller Kleinarbeit bisher Verborgenes zugänglich machte.

Die Zusammenstellung besorgten FRANZ IRSFELD und KARSTEN SCHULTE unter Mitarbeit von HANS-WALTER SCHULTEN. Die Herstellung erfolgte in der Restaurierungswerkstatt des Historischen Archivs unter Leitung von ERICH FEIDNER.

Köln, im Oktober 1978


GUNTHER SCHLATTER

Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein

Aufruf zur Arbeitervereinigung.

Der Zweck unserer sozialen Genossenschaft ist, die Würde und das materielle Interesse aller Hand- und Fabrikarbeiter von Mülheim und der Umgegend zu wahren und zu fördern. Die Unterzeichneten laden hiermit die Arbeiter aller Professionen auf **Sonntag, Abends 10 Uhr**, bei Herrn Peter Lüssdorf ein.

Indem wir Arbeiter kein Durchkommen mehr haben, wollen wir uns vereinigen, um uns während der Zeit unverschuldeter Arbeitslosigkeit, in Krankheitsfällen, während Striks u. s. w. gegenseitig zu unterstützen, überhaupt wollen wir der Kaufmannschaft, der Kapitalmacht, einen Damm entgegensetzen, wir wollen diesen ungleichen, diesen schweren Kampf noch einmal, soweit es das Gesetz und die polizeiliche Erlaubnis gestatten, aufnehmen.

Um unsere Lage zu verbessern, wollen wir vereinigten Arbeiter uns die Bruderhand reichen, wir wollen kämpfen für die Gerechtigkeit, für die heilige Sache der Arbeiter, für das heilige Recht des Menschengeschlechts.

Wir wollen kämpfen, um unsere unterdrückten Brüder zu befreien, ihre Ketten und die Ketten der Welt zu zerbrechen.

Wir wollen kämpfen gegen die ungerechten Menschen, welche uns mit Füßen treten.

Wir wollen kämpfen gegen die Tyrannen für die Arbeiter.

Wir wollen kämpfen, damit die Väter nicht mehr den Tag verfluchen, an welchem Ihnen gesagt wurde: „Ein Sohn ist Euch geboren!“ noch die Mutter den, an welchen sie ihn zum ersten Mal an ihre Brust drückte.

Wir wollen kämpfen, damit der Bruder sich nicht mehr betrübe, weil er seine Schwester hinwegsehen sieht, wie das Gras, dem die Erde die Nahrung versagt.

Wir wollen kämpfen, um die Thränen der kleinen Kinder zu trocknen, die nach Brot schreien und denen man antworten muß: „Es ist kein Brod da!“

Wir wollen kämpfen für die Armen, um den Hunger aus den Häuten zu jagen, um den Wohlstand und die Freude in die Familien einzuführen.

Dazu gehört ein unerschütterlicher Muth und viel Geduld, denn wir werden nicht in einem Tage siegen. Wenn Eure Hoffnungen auch mehrere Male getäuscht sind, verliert deshalb nicht den Muth. Saget nicht, es heißt zu viel dulden für Götter, die erst später kommen, und die Ihr vielleicht nur eine kurze Zeit genießt und sollte Euch sogar auch dies nicht vergönnet sein, so werden diese Götter, die bestimmt kommen werden, Euren Kindern, Enkeln und Urenkeln zu Theil werden. Sie werden nur das haben, was Ihr ihnen hinterläßt, bedenket also, ob Ihr ihnen Ketten, Noth und Hunger vermachen wollt?

Wenn wir hier in Mülheim etwas Großes machen wollen, so ist es nur der feste Entschluß der Arbeiter, der solches im Stande ist, wir dürfen keine Minute müde werden bei der Eroberung unserer Rechte. Deshalb bitten wir Euch Arbeiter nochmals: „Seid Männer! Seid einig!“ Keiner dieser Tyrannen ist mächtig genug, Euch gegen Euren Willen in's Joch zu spannen; aber Ihr könnt den Kopf in die Halfter stecken, wenn Ihr es wollt.

Es giebt dumme Thiere, die man in Ställe einsperret, die man zur Arbeit füttert und später, wenn sie alt sind, mästet, um ihr Fleisch zu essen. Ferner giebt es Thiere, die frei auf dem Felde leben, die sich nicht durch falsche Viehstungen verlocken, noch bezwingen lassen.

Die muthigen Menschen gleichen diesen, die feigen sind jenen gleich.

Oder glaubt Ihr, daß der Feige, der die Sclavenkette schleppt, weniger beladen ist, als der muthige Mann, der die Kette des Gefangenen trägt?

Glaubt Ihr, daß der furchtsame Mann, der in seinem Bette sticht, von der verpesteten Luft erstickt, welche die Tyrannen umgiebt einen angenehmeren Tod hat, als in Paris die Communisten, die auf dem Schaffot ihre freie Seele aushauchten?

Die Arbeit ist alienthalben, und das Leiden ist alienthalben, aber es giebt fruchtbare und unfruchtbare Ackerbauern, schmachvolle und glorreiche Weiden!

Mülheim, den

1872.

Das Comité.

Allyson

Die'sche Buchdruckerei in Deutz.

Dr. Dr. Johann Georg Meißner, Mitgl.

für die Arbeitervereinigung

Leute

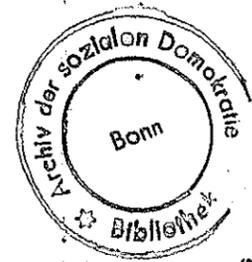
Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

- Eine Nachbetrachtung -

Als der deutsche Reichstag am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" annahm, das 2 Tage später in Kraft trat, war die sozialdemokratische Partei gerade erst 15 Jahre alt. Am 23. Mai 1863 war in Leipzig mit dem Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) die Gründungsurkunde einer deutschen Arbeiterpartei unterzeichnet worden, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 und damit der in das liberale Bürgertum gesetzten Hoffnungen die Aufgabe übertragen erhielt, "die sozialen Interessen des Deutschen Arbeiterstandes (zu vertreten) und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft (herbeizuführen)". Mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Gründungskongreß zu Eisenach am 7.-9. August 1869 erhielt sie schon 6 Jahre später eine Konkurrenz. Da die Unterschiede zwischen beiden Arbeiterparteien weniger im ideologisch-programmatischen Bereich lagen als in der unterschiedlichen Einschätzung der aktuellen politischen Lage und möglicher Bündnispartner sowie in einem voneinander abweichenden Verständnis hinsichtlich der Organisation der Partei, war es nur eine Frage der Zeit, wann es zu einer Vereinigung der beiden Parteien kommen würde.

Auf einem Kongreß in Gotha vom 22.-27. Mai 1875 schlossen sich beide Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen. Der ADAV brachte 15.322 Mitglieder, die SAPD 9.121 Mitglieder in die neue Partei ein.

Am 18. Januar 1871 war - nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit den übrigen deutschen Staaten und noch vor Beendigung des deutsch-französischen Krieges - das Deutsche Reich im Schloß von Versailles proklamiert worden. Hatten sich die Arbeiterparteien bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in der Abstimmung über die Kriegskredite noch (mit Stimmenthaltung: Bebel und Liebknecht) zurückhaltend gezeigt, z. T. sogar den Kriegskrediten zugestimmt (ADAV), so änderte sich ihre Haltung mit dem weiteren Verlauf des Krieges und nach der Proklamation der französischen Republik am 4. September 1870. Am 28. November werden die Kriegskredite von Bebel, v. Schweitzer (ADAV, Nachfolger Lasalles) u. a. im Reichstag



C79 271

abgelehnt, Bebel und Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat kurze Zeit später in Untersuchungshaft genommen.

Als am 25. Mai 1871, Bebel war inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden, der Reichstag über die Annexion von Elsaß-Lothringen berät, hält Bebel im Reichstag eine Rede zugunsten der Pariser Kommune, die sich seit dem 18. März 1871 im Aufstand gegen die französische Regierung befindet. (3 Tage nach Bebels flammender Rede zur Unterstützung der Kommune, am 28.5.1871, bricht der Aufstand der Pariser Kommune zusammen.) Bismarck wird später, bei der Debatte des Sozialistengesetzes, gerade auf diese Rede Bebels verweisen, da sie ihm den gefährlichen und staatsgefährdenden Charakter der Sozialdemokratie geoffenbart habe.

Die Reichsgründung brachte Deutschland wichtige Impulse für den Auf- und Ausbau seiner Wirtschaft. Diese unter dem Namen "Gründerjahre" bekannt gewordene Phase eines allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs nach 1871 war jedoch nicht von langer Dauer. Die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, die wesentlich in die Zeit nach der Reichsgründung fällt, verlief nicht kontinuierlich und nicht ohne Erschütterungen. Die rasche Ausweitung der industriellen Kapazitäten und der Produktion stieß auf einen nur wenig aufnahmefähigen und aufnahmebereiten Markt: Überkapazitäten, Preisverfall und die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums waren die Folgen, die auch nicht aufgefangen werden konnten durch eine Ausweitung des Exports. Die hiermit eintretende "Gründerkrise" des Jahres 1873 erwies sich als Teil einer weltweiten Rezession, der sogenannten großen Depression, die erst mit der Mitte der 90er Jahre von einem erneuten Wirtschaftsaufschwung überlagert und verdrängt werden sollte.

Die Krise der 70er Jahre mußte ohnehin schon bestehende Spannungen verschärfen, die mit der Industrialisierung verbundenen Probleme im Sozialbereich vergrößern. Landflucht, Verstädterung, Proletarisierung sind Schlagworte für die nun eintretende Entwicklung. So nahm die Einwohnerzahl von Köln im Zeitraum von 1800 - 1900 von 50.000 (1800) über 97.000 (1850), 145.000 (1880) auf 373.000 (1900) zu. (Zum Vergleich Berlin: 172.000 (1800), 419.000 (1850), 1.122.000 (1880), 1.889.000 (1900).) Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zeigt hohe Geburtenüberschüsse und eine Zunahme der Bevölkerung für das Rheinland von 1.910.000 (1816) über 3.372.000 (1864) auf 7.121.000 (1910), eine Zunahme also um 272,8 % in einem Zeitraum von knapp 100 Jahren, und dies,

obwohl allein im Zeitraum von 1871 - 1880 626.000 Auswanderer in Deutschland registriert wurden - eine vergleichsweise niedrige (!) Quote in Relation zu den Zahlen früherer und späterer Jahrzehnte.

Diese Zahlen signalisieren gewaltige Probleme, Probleme, für die das Sozialsystem der damaligen Zeit keine Lösung wußte. Werner Sombart beschreibt in einer Schrift von 1906: "Das Proletariat" eines der gravierendsten dieser Probleme: das Wohnungselend. "Ja, in den meisten deutschen Großstädten wohnt, wie ich schon sagte, die Hälfte aller Menschen in Wohnungen, die nicht mehr als ein Zimmer umfassen. Von tausend Bewohnern nämlich in Barmen 490, in Berlin 430, in Breslau 409, ... in Görlitz 462, ... in Königsberg i. Pr. 505, in Magdeburg 454, in Plauen i. V. 641. Mehr wie 2 Zimmer, darf man annehmen, bewohnt nur ein verschwinden geringer Prozentsatz der arbeitenden Bevölkerung. "Übervölkert" nennt die Statistik eine Wohnung, wenn 6 Personen und mehr in 1 Zimmer, 11 Personen und mehr in 2 Zimmern hausen."

Es ist hier nicht möglich, den ganzen Umfang dessen, was man die "soziale Frage" genannt hat, und was von Kinder- und Frauenarbeit, Auflösung der Familie, Gesundheitsschäden, Unterbezahlung, Arbeitslosigkeit bis zur brutalsten Ausbeutung im Betrieb und der Unterdrückung jeglicher Mitsprachemöglichkeit reichte, darzustellen. Aber es bedarf auch nur einer geringen Portion an Phantasie, um sich vorzustellen, daß das riesige Ausmaß der Probleme einen gewaltigen Zündstoff barg, daß die herrschenden Schichten des Kaiserreichs, Adel, Junker, Großbürgertum auf einem Pulverfaß saßen - und das auch wußten, z. B. durch die Pariser Kommune demonstriert bekamen - zu dem nur noch die Lunte und die Flamme fehlten.

Die Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang der allgemeinen Depression, das hiervon sicherlich nicht unberührt bleibende stetige Anwachsen sozialdemokratischer Wählerstimmen und Reichstagsmandate waren nicht zu überhörende Alarmsignale. Erhielt die SPD 1871 nur 2 Mandate (A. Bebel, H. Schrapf) bei 124.000 Wählern, so waren es 1874 schon 10 Mandate bei 351.000 Wählern (ADAV und SAPD zusammen, die, vor allem in den Stichwahlen, einander unterstützen), 1877 für 493.000 Wähler (9,1 %) 13 Mandate.

Die Reichsregierung unter Otto von Bismarck sah diese Entwicklung als äußerst bedrohlich für den Bestand des Staates und der bestehenden Gesellschaftsordnung an. Daß die Sozialdemokratie in ihrer praktischen,

ihrer pragmatischen politischen Arbeit kaum Anlaß zu Befürchtungen gab, wurde geflissentlich übersehen. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen begann der Staat, den sich anhäufenden Schwierigkeiten zu Leibe zu rücken: innenpolitisch wurde der "Kulturkampf" mit der Zentrumspar-
 tei beigelegt, die Wirtschaftspolitik war gekennzeichnet von einem Ab-
 gehen von der lange betriebenen Freihandelspolitik zugunsten einer
 Schutzpolitik, vor allem auf dem Agrarsektor. Ergebnis war das künst-
 liche Hochhalten der Getreidepreise für den deutschen Verbraucher, ent-
 gegen der Weltmarktentwicklung.

Im ideologischen Bereich war eine Zunahme der antisemitischen und natio-
 nalistischen Agitation zu beobachten, die imperialistische Kolonialpoli-
 tik ab Beginn der 80er Jahre fand ihre geistige Vorbereitung: Ausweg aus
 und Ablenkung von den sozialen Spannungen der Zeit durch Integrations-
 mechanismen.

Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I, am 11. Mai 1878 durch Hödel und am
 2. Juni durch Nobiling führen zu einer ganz Deutschland ergreifenden
 Hetze gegen die Sozialdemokratie. Hatte der Reichstag noch am 23./24. Mai
 1878 mit 251 gegen 57 Stimmen das "Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer
 Ausschreitungen" abgelehnt, so findet sich nun am 19. Oktober die erfor-
 derliche Mehrheit des Reichstages für die Annahme des "Sozialistengesetzes"
 zur, wie es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 24. Mai bei Be-
 ratung des ersten Gesetzes schon ausdrückte, "Ausführung eines lange vor-
 bereiteten Reaktionsstreiches".

1881 kündigt der Kaiser (auf Peitsche folgt Zuckerbrot) in einer Thronrede
 eine weitgehende Sozialgesetzgebung an, aus der 1883 die Krankenversiche-
 rung, 1884 die Unfallversicherung, 1889 die Alters- und Invaliditätsrenten-
 versicherung resultieren.

Doch das Ergebnis der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Maßnahmen
 ist für die Initiatoren katastrophal. Trotz aller Verfolgungen und Behin-
 derungen wächst die Zahl der Wählerstimmen weiter an. 1890, im letzten
 Jahr des Sozialistengesetzes, erlangt die SPD mit 35 Reichstagsmandaten
 fast das Vierfache ihrer Stärke von 1878, 1.427.000 Wähler, fast eine
 Million mehr als 1878, bekennen sich zur Sozialdemokratie. Das Gesetz
 und seine Anwendung hinterließen traumatische Erlebnisse, bei vielen
 Zeitgenossen den, manchmal überzogenen, Glauben an die Stärke und die
 Möglichkeiten der Parteiorganisation, mitunter einen Primat der Frak-
 tion vor der Partei, vor allem aber die Überzeugung von der Mission der
 Sozialdemokratie, "die Vertreterin des politisch denkenden Arbeiters"
 zu sein und "auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Reformen und

Umwälzungen (herbeiführen zu können), die der arbeitenden Bevölkerung
 zum Nutzen gereichen und zugleich uns um eine Etappe dem sozialistischen
 Staat näher bringen" (I. Auer).

Köln, im Oktober 1978

Franz Irsfeld

QUELLEN und LITERATUR:

Die Originale befinden sich in einigen wenigen Akten des Historischen Archivs der Stadt Köln, in einer Zeitung in der Universitätsbibliothek Köln und in einer Jubiläumsausgabe der Rheinischen Zeitung. Ein Bild steuerte der Landeskonservator in Bonn bei.

Für Hinweise auf Akten bin ich dankbar:

Joachim Deeters, Claus Gillmann, Beatrix Klein und Everhard Kleinertz.

ULRIKE NYASSI

Signaturen der Exponate

HAK = Historisches Archiv der Stadt Köln
UB = Universitätsbibliothek Köln

-
- Nr. 1 - Rep. 403-P-VII-33 (HAK)
 - Nr. 2 - Rep. 403-P-VII 13 (21), Heft 1 (HAK)
 - Nr. 3 - Slg. Lauterbach 791 (HAK)
 - Nr. 4 - " " 197 (HAK)
 - Nr. 5 - Plakat der SPD
 - Nr. 6 - Landeskonservator Rheinland, Bonn, Inv. Nr. 20392
 - Nr. 7 - Ztg. 45 (UB)
 - Nr. 8 - Rep. 403 Geheim Nr. 1 (HAK)
 - Nr. 9 - Rep. 403 Geheim Nr. 1 (HAK)
 - Nr. 10 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 11 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 12 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 13 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 14 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 15 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 16 - Rep. 403 Geheim Nr. 1 (HAK)
 - Nr. 17 - Rep. 403 -0-5-2 (HAK)
 - Nr. 18 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 19 - Ztg. 45 (UB)
 - Nr. 20 - Ztg. 45 (UB)
 - Nr. 21 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 22 - Best. 1028-540 (HAK)
 - Nr. 23 - Plakat der SPD
 - Nr. 24 - Ztg. 45 (UB)
 - Nr. 25 - 40 Jahre Rheinische Zeitung, Köln 1931

- Nr. 26 - Ztg. 45 (UB)
- Nr. 27 - Rep. 403-P-VII-13 (21), Heft 1 (HAK)
- Nr. 28 - Rep. 403 Geheim Nr. 1 (HAK)
- Nr. 29 - Rep. 403-P-VII-33 (HAK)
- Nr. 30 - Rep. 403-P-VII-22 (HAK)
- Nr. 31 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 32 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 33 - Best. 1028-540 (HAK)
- Nr. 34 - Best. 1028-540 (HAK)
- Nr. 35 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 36 - Rep. 403-P-VII-22 (HAK)
- Nr. 37 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 38 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 39 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 40 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 41 - Rep. 403-0-5-2 (HAK)
- Nr. 42 - Rep. 403-P-VII-22 (HAK)
- Nr. 43 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 44 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 45 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 46 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 47 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 48 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 49 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 50 - Rep. 403-P-VII-13(21), Heft 1 (HAK)
- Nr. 51 - Rep. 403-P-VII-13(21), Heft 1 (HAK)
- Nr. 52 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 53 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)
- Nr. 54 - Rep. 403-P-VII-22 (HAK)
- Nr. 55 - Rep. 403-P-VII-13(21), Heft 1 (HAK)
- Nr. 56 - Rep. 403-P-VII-13(21) Heft 1, (HAK)
- Nr. 57 - Rep. 403-P-VII-13(21) Heft 1 (HAK)
- Nr. 58 - Best. 868-20 (HAK)
- Nr. 59 - Best. 868-21 (HAK)
- Nr. 60 - Best. 868-21 (HAK)
- Nr. 61 - Rep. 403-P-VII-21, Heft 2 (HAK)
- Nr. 62 - Rep. 403-P-VII-20 (HAK)
- Nr. 63 - Best. 1120-128 (HAK)
- Nr. 64 - 40 Jahre Rheinische Zeitung, Köln 1931
- Nr. 65 - ZSB (HAK)

Nr. 66 - Rep. 403-P-VII-21, Heft 2 (HAK)

Nr. 67 - Rep. 435 Merh. 216 (HAK)

Nr. 68 - 40 Jahre Rheinische Zeitung, Köln 1931

Nr. 69 - Rep. 403-P-VII-21, Heft 2 (HAK)

Arbeitseinstellung der Weber in Mülheim am Rhein.

Am 27. August fand in der St. Sebastianus-Schützenhalle eine Versammlung sämtlicher Weber Mülheims und Umgegend statt, wobei folgende Fragen zur Erledigung kamen:

- 1) Wie ist es gekommen, daß die Löhne so hart gedrückt sind?
- 2) Wie sind sie zu heben?
- 3) Wie sind sie den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhalten?
- 4) Aufstellung der Lohnliste.
- 5) Die bisher unbezahlte Arbeit.
- 6) Vereinigung der verschiedenen Gewerksgenossen unseres Geschäfts.
- 7) Wie ist es zu ermöglichen, in den Fabriken den Frauen die Arbeiten der Männer zu entheben?

Diese Fragen und Grundsätze wurden gründlich besprochen, und hiernach ein Comité gewählt, welches beauftragt wurde, im Namen sämtlicher Weber bei den betreffenden Arbeitgebern einen Antrag zu stellen um Erhöhung der Löhne um 25 %, Abschaffung der Straf-gelder, Bezahlung der vielen bis jetzt unseufz gethanen Arbeiten, Erhöhung des Tagelohnes von 15 auf 20 Sgr. Diese Anträge wurden entschieden abgelehnt.

Es wurde den Arbeitgebern darauf vom Comité mitgeteilt, daß sämtliche Weber, wenn sich die Herren zu nichts verstehen wollten, beschloßen hätten, die Arbeit einzustellen; auch dieses half nichts, sondern es wurde dem Comité von Herrn Christ. Andrae nochmals entschieden erklärt: Wir geben keinen Pfennig mehr Lohn, wir lassen lieber unsere Waaren in Schlesien oder in den Zuchthäusern fabriciren, wo wir unsere Arbeit für taglich 8 Sgr. Lohn gemacht bekommen. Von den Herren Gebr. Fischer und Comp. wurde der Bescheid: „Was Andrae thut, thut wir auch.“

Weil wir durchaus sahen, daß Einigkeit nöthig, so wurde die Arbeit am 30. August eingestellt und beschloßen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis man unsern Forderungen nachgekommen sei.

Hierauf lasen wir im Mülheimer Kreisblatt Nr. 71 ein Eingekandt, worin der Verfasser desselben behauptet, daß unsere Forderung um erhöhten Lohn im Allgemeinen nicht zu den hiesigen Lohnsätzen paßt, worauf wir erwidern müssen, daß es doch jedem vernünftigen Menschen in unserer Stadt klar sein muß, daß ein Wandweber, der Frau und Kinder hat, mit 4 1/2 Thlr. (wenn er dieselben wirklich verdient, wie der Verfasser des Eingekandt uns glauben machen möchte) dieselben nicht ehrlich und redlich ernähren kann, es sei denn, daß er nach einigen mühevollen Jahren dem Armen-Vorstande in die Hände fallen und kühnlich um Almosen bitten muß. Hier wird man bereits schon wissen, aus welchen Fabriken die meisten Unterstützungsbefürftigten kommen.

Wir fühlen uns gehoben durch die warme Theilnahme unserer Mitbürger und sagen Ihnen den besten Dank mit der ergebenen Bitte, uns dieselbe ferner angedeihen zu lassen, bis unsere Fabrikherren zu der Einsicht gelangen, daß unsere Forderung mensüchlich und gerecht ist.

fernere Unterstützungen werden im Lokale des Herrn P. Lütendorf dankend entgegengenommen.

Mülheim am Rhein, den 7. September 1871.

Das Comité der vereinigten Weber.

Handwritten signature and date:
G. Lütendorf
7. Sept. 71

Nr. 1

1871 Sept. 7 - Mülheim

Flugblatt "Arbeitseinstellung der Weber in Mülheim am Rhein"

Druck (C.G. Künstler, Mülheim), 1 S.

Abbildung

Nr. 2

1872 - Mülheim

Flugblatt "Aufruf zur Arbeitervereinigung"

Druck (Dietz'sche Buchdruckerei, Deutz), 1 S.

Abbildung

Nr. 3

1872 - Leipzig

Leipziger Hochverrathsprozesse. Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen des Schwurgerichts zu Leipzig in dem Prozeß gegen Liebnecht, Bebel und Hepner wegen Vorbereitung zum Hochverrath vom 11. - 26. März 1872 mit den ungehaltenen Schlußvertheidigungsreden der Angeklagten und einer Schlußcharakteristik des ganzen Prozesses von den Angeklagten.

Titelblatt, Druck, 1 S.

Abbildung

Nr. 4

1958 Okt. 19 - Berlin

"Der Kampf gegen die Reichsfeinde - vor 80 Jahren wurde das Sozialistengesetz erlassen", Artikel von K.H. Brinkmann in: Berliner Morgenpost

Nr. 5

Portrait von August Bebel

Nr. 6

Haus Sternengasse Nr. 30, Bierbrauerei Joosten, das Lokal der Kölner Sozialdemokraten zur Zeit des Sozialistengesetzes

Abbildung

Nr. 7

1878 April - Köln

Anzeigen von E. Joosten (Sternengasse 30), außerdem von verschiedenen sozialdemokratischen Vereinen, in: Kölner Freie Presse

3. Lieferung.

Ladenpreis 4 Sgr.

Leipziger Hochverrathsprozesse.

Ausführlicher Bericht

über die

Verhandlungen des Schwurgerichts zu Leipzig

in dem Prozeß gegen

Liebknecht, Bebel und Hepner,

wegen

Vorbereitung zum Hochverrath

vom 11—26. März 1872.

Mit den ungehaltenen Schlußvertheidigungsreden der Angeklagten und einer Schlußcharakteristik des ganzen Prozesses,

bearbeitet

von den Angeklagten.

Erscheint in sechs bis sieben Lieferungen.

Leipzig,

Verlag der Expedition des „Vollstaats“, Hofstraße 4.

1872.

Nr. 8

1878 Juni 1 - Berlin

Ministerium des Innern

Bereits in dem Cirkular-Erlasse vom 15. Juli 1876 ... ist darauf hingewiesen worden, daß den Ausschreitungen der Sozialdemokratie gegenüber die Vorschriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 konsequent und mit vollem Nachdruck in Anwendung zu bringen seien. Inzwischen haben die verderblichen Lehren und Tendenzen der Sozialdemokratie sich immer mehr verbreitet und sind in Kreise gedrungen, welche für dieselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation in der Presse, in Vereinen und in Versammlungen wird von Tag zu Tag heftiger und dreister und droht die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Liebe zu König und Vaterland, und die Grundlage der Gesittung, die Religion, zu untergraben. Durch unablässige Angriffe auf die bestehende Eigentumsordnung, auf die Gesellschaft und die besitzenden Klassen werden die Rechtsbegriffe verwirrt, Unzufriedenheit und Beunruhigung in immer weitere Kreise getragen, und eine gedeihliche Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht am wenigsten zum Nachteile der arbeitenden Klasse, beeinträchtigt.

Es ist Pflicht, derartigen Agitationen entschieden entgegen zu treten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen Gebrauch zu machen. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, die Ihnen nachgeordneten Polizeibehörden hiernach mit entsprechenden Weisungen zu versehen und darüber zu wachen, daß diese Weisungen auf das Genaueste und unausgesetzt befolgt werden. Auch die strengste Handhabung der bestehenden Gesetze und selbst eine Verschärfung der Letzteren wird indessen für sich allein nicht ausreichen, um die Sozialdemokratie wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. Dazu bedarf es der Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft.

Dieselben können nicht oft und nicht nachdrücklich genug auf die Gefahren, welche der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Seitens der Sozialdemokratie drohen und auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, der Letzteren durch gemeinsame, zweckentsprechende Thätigkeit entgegenzuwirken. Diese Arbeit im Interesse des Gemeinwohls wird freilich nur allmählig zum Ziele führen, zumal da, wo die Sozialde-

(Forts. Nr. 8)

mokratie bereits festen Fuß gefaßt hat. Wo aber die Sozialdemokratische Agitation erst Boden zu gewinnen sucht, wird, wie die Erfahrung zeigt, durch rechtzeitige Abwehr auch ein unmittelbarer Erfolg sich erreichen lassen.

Indem ich auch in dieser Richtung Ew. Hochwohlgeboren volles Interesse und ihre anregende Thätigkeit in Anspruch nehme, ersuche ich ergebenst, mir innerhalb 6 Wochen über die Ausführung dieser Verfügung, sowie über den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung im dortigen Regierungsbezirke gefälligst Bericht zu erstatten.

Der Minister des Innern

gez. Gf. Eulenburg

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn von Bernuth
Hochwohlgeboren Cöln

Vervielfältigung, 1 1/2 S.

Abbildung

Nr. 9

1878 Juni 3 - Berlin

Abschrift Handelsministerium Secret

Die Königlichen Eisenbahn-Behörden werden sich nicht der Überzeugung verschließen dürfen, daß im Interesse des öffentlichen Wohles mit Umsicht und Energie Elemente, welche den Bestrebungen der Sozialdemokratie zuneigen oder gar förderlich sind, unter dem Beamten- und Arbeiter-Personal der Verwaltung nicht geduldet werden dürfen. Es ist ernste Pflicht der Königlichen Eisenbahnbehörden, in Verbindung mit der Polizeiverwaltung die Entfernung solcher Elemente mit fester und entschlossener Hand unter Anwendung aller ihnen nach den gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen zu Gebote stehenden Mitteln herbeizuführen.

Was die Beamten betrifft, so kann es keinem Bedenken unterliegen, daß die Beteiligung derselben an den Bestrebungen und den Agitationen einer Parthei, welche in den Umsturz der bestehenden sittlichen und staatlichen Ordnung das Mittel erkennt um die Lage der niederen Volksklassen zu verbessern, sie der Achtung und des Vertrauens unwürdig erscheinen läßt, welche ihre amtliche Berufsstellung erfordert. Sobald daher die Beteiligung eines Beamten an den Versammlungen, Vereinbarungen, Resolutionen, Eingaben und sonstigen Kundgebungen dieser Parthei überzeugend hervortritt, wird unverzüglich gegen denselben evtl. mit

(Forts. Nr. 2)

Dienstentlassung vorzugehen sein. Auf Kündigung angestellte Beamte sind in diesem Falle auf Grund vorgängiger Kündigung zu entlassen, gegen definitiv angestellte Beamte ist die Einleitung des Disciplinarverfahrens nach eigenem Ermessen zu beantragen.

Ist anzunehmen, daß der Beamte durch die Loslösung von seinen seitherigen Beziehungen zur gründlichen Umkehr geführt werden kann, so ist auf seine Versetzung Bedacht zu nehmen. Vor allem aber ist es unerläßlich, solche Personen, welche nicht bloß der Bewegung folgend, sondern selbstthätig mitwirkend sich angeschlossen haben, mit schneller und voller Strafe zu treffen. So sehr eine nachsichtsvolle Beurtheilung zulässig erscheint, so die Theilnahme auf Irreleitung, auch nicht völlig bewußtem Handeln, auf unklarem Erkennen der verwerflichen Ziele der Socialdemokratie beruht, so schonungslos ist gegen die Anstifter und Förderer der Agitation vorzugehen. Was die Arbeiter betrifft, so sind die Kreise derselben bei dem geringeren Bildungsgrade und den ungünstigeren Lebensverhältnissen der denselben angehörenden Personen vorzugsweise der Gefahr des Eindringens socialdemokratischer Tendenzen ausgesetzt während die Überwachung derselben mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Hier wird es vor allem darauf ankommen, einerseits durch Entlassung derjenigen, bei welchen der gegründete Verdacht ihrer Betheiligung hervortritt, andererseits durch eine gesteigerte Fürsorge für das Wohl der Arbeiter unter denselben die Überzeugung zu verbreiten und lebendig zu erhalten, daß die Verbesserung ihrer Lage nur durch eigene wirthschaftliche Thätigkeit und gemeinsames Zusammenwirken mit der wohlwollenden Fürsorge der Verwaltung zu erreichen ist. Durch eine verständige Bemessung der Arbeitslöhne und der Arbeitszeit, durch die Herstellung von Arbeiterwohnungen an hierzu geeigneten Orten und durch die Einführung von Arbeiterpensionskassen, für welche der Entwurf eines Normalstatuts demnächst mitgetheilt werden soll, wird es möglich sein, auf eine materielle Verbesserung der Lage der Arbeiter allmählig hinzuwirken und den Geist der Unzufriedenheit und Auflehnung aus den Kreisen derselben zu bannen.

Um in der bezeichneten Weise der socialdemokratischen Bewegung wirksamst entgegenzutreten zu können, ist es vor Allem erforderlich, daß die königlichen Direktionen und Kommissionen sowie die ihnen nachgeordneten Dienststellen sich mit den Organen der Polizeiverwaltung in steter und engster Verbindung halten, um durch die Vermittlung derselben sowohl über den Umfang der Bewegung an den hauptsächlichsten Verbreitungsstellen, als auch namentlich über die Betheiligung des Ihnen unterstellten Beamten- und Arbeiterpersonals jederzeit genau unterrichtet zu sein. Durch enges und planmäßiges

(Forts. Nr. 9)

Zusammenwirken der Organe der Staatsverwaltung wird es gelingen, die Übersicht über die Verbreitung und den Ursprung der Agitation vollständig zu gewinnen und derselben rechtzeitig entgegenzutreten.

Wichtig erscheint auch eine entsprechende Verständigung mit den Vorständen der benachbarten auch der Privat-Eisenbahn-Verwaltungen und den größeren, ein bedeutendes Arbeiterpersonal beschäftigenden in der Nähe befindlichen industriellen Etablissements. Auch hier sind wechselseitige Mitteilungen, Vereinbarungen gemeinsamer Maßregeln erforderlich und erfahrungsmäßig vom besten Erfolge, um die staatsgefährlichen Elemente unter dem Arbeiterpersonal zu erkennen und zu beseitigen.

Die königlichen Direktionen und Kommissionen werden dieser Weisung entsprechend unverzüglich die erforderliche Verständigung mit den Organen der Polizeiverwaltung zu suchen und bei den letzteren soweit auf ein Entgegenkommen derselben zu rechnen ist, auf die Beobachtung eines übereinstimmenden Verfahrens thunlichst hinzuwirken haben.

Allmonatlich, zuerst am 3. Juli cr. (currentis), erwarte ich durch die Hand der betreffenden Herren Oberpräsidenten sekrete Anzeige über die nach Maßgabe dieses Erlasses getroffenen Anordnungen und deren Wirkungen. Ew. Hochwohlgeboren veranlasse ich, dem vorstehenden entsprechend das im dortigen Bezirke Erforderliche in besonnener, umsichtiger und wirksamer Weise, unter Vermeidung aller Provocationen in die Wege zu leiten, indem ich hoffe, daß manche auf Irrwege geratene Beamte und Arbeiter durch den von der Verwaltung zu bethätigenden wohlwollenden aber energischen Ernst auf den richtigen Weg werden zurückgeführt werden.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

An die Herren Vorsitzenden der königlichen Eisenbahn-Direktionen.

Vervielfältigung, 3 S.

Abbildung

Nr. 10

1878 Juni - Gelsenkirchen

Flugblatt der Vertreter der sämtlichen industriellen Werke im Bezirk Gelsenkirchen: "An unsere Arbeiter".

Druck, 1 S.

Nr. 11

1878 Juni 11 - Elberfeld

Sekret

Wir beabsichtigen, Beamte und Arbeiter, welche die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützen, insbesondere also Beiträge an die betreffenden Vereine leisten, die Versammlungen dieser Partei besuchen, an anderweiten Kundgebungen derselben sich betheiligen, in Lokalen, wo überwiegend sozialdemokratische Blätter aufgelegt werden, verkehren oder durch andere Handlungen oder Äußerungen zu erkennen geben, daß sie die staats- und ordnungsfeindlichen Tendenzen der Sozialdemokratie billigen, oder sogar für dieselben agitiren oder Agitationen anstiften, nicht im Dienste zu behalten. Im Interesse der Sache halten wir es für notwendig, provokatorische und Aufsehen erregende Maßnahmen zu vermeiden, zumal da bereits die allgemeine Entrüstung Viele auf den richtigen Weg zurückgeführt haben wird, und sehen deshalb zur Zeit davon ab, circularmäßige Verwarnungen zu erlassen oder in den Werkstätten usw. anschlagen zu lassen: wir halten es für zweckmäßiger, im gegebenen Einzelfalle auf geeignete geräuschlose Weise zu verwarnen und mit der Dienstentlassung zu bedrohen, und erst wenn die Warnung sich als erfolglos erwiesen hat, rücksichtslos, wenn auch unter Einhaltung der Kündigungsfrist, die Entlassung auszusprechen, auch in die Abschiedszeugnisse der Arbeiter den Entlassungsgrund der Regel nach nicht aufzunehmen: selbstredend überall unter der Voraussetzung, daß nicht durch ein besonders anstößiges und auffälliges Verhalten des Betreffenden die Hoffnung auf eine Umkehr vom betretenen Wege ausgeschlossen und hierdurch die sofortige Kündigung notwendig gemacht wird. Wir erlauben uns vertraulich anzufragen, ob ähnliche Absichten auch dortseits bestehen und im Bejahungsfalle, ob nicht eine wechselseitige Mittheilung über die aus derartigen Gründen vorkommenden Entlassungen für zweckmäßig erachtet wird.

Königliche Eisenbahn Direction

Unterschrift

An die Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zu Cöln

Vervielfältigung, 2 S.

Nr. 12

1878 Juni 12 - Nippes

An die Direction in Cöln

Hiermit bitte ich geneigtest zu erwägen, ob es jetzt nicht - nach Vorgang anderer Fabriken - zeitgemäß wäre, Seitens der Direction durch Anschlag in den Werkstätten hier und in Speldorf die Arbeiter zum Austritt aus den Socialdemokratischen Vereinen oder diejenigen, welche in denselben verbleiben wollen, zum Austritt aus den diesseitigen Werkstätten aufzufordern.

Zur Sache selbst bemerke ich ergebenst, daß nach Ausweis der für den Bürgermeister angefertigten Arbeiter - Verzeichnisse circa 240 der in Nippes beschäftigten Arbeiter sich bis jetzt in die " eingeschriebene Kasse " der Socialdemokraten, der größere Theil derselben allerdings erst seit der unter Strafandrohung geschehenen Aufforderung des Herrn Bürgermeisters Eich zum Eintritt in die von demselben angekündigten Gemeindekasse, also seit 1. April, haben aufnehmen lassen.

Von oben erwähnten 240 Mann gehören genau die Hälfte oder 120 Mann der Wagen - Verwaltung an, doch glaube ich bestimmt annehmen zu können, daß die Zahl der mit wirklicher Überzeugung sich zu jener Verbindung zählenden Arbeiter hier nur eine sehr mäßige ist.

Nach den ernstesten Vorgängen in Berlin sind jedoch bereits einige der diesseitigen Arbeiter theils zum Herrn Zeithalter Diel, theils zum Herrn Maschinenmeister Schlesinger und zu mir gekommen und haben um Rath gefragt, wie sie sich von jener Kasse lösen könnten, nachdem ihr Austritt seitens der betreffenden hiesigen Vertreter der Kasse nicht angenommen worden wäre. Diesen Leuten wurde von uns der Rath ertheilt, mit eingeschriebenem Brief an den betreffenden Vertreter ihren Austritt zu erklären.

Ich möchte glauben, daß ein Directionsanschlag etwa nach beiliegendem Entwurf von günstigem Erfolge, auch in Beziehung auf die bevorstehenden Wahlen sein würde.

Der Obermaschinenmeister

F. Bernhard

eigenhändig, 2 1/2 S.

Abbildung

Abbildung zu Nr. 12 (Seite 1) >

(Forts. Nr. 12)

EntwurfBekanntmachung

Aus dem Arbeiter - Verzeichnis, welches bei Gelegenheit der in Nippes zu bildenden Gemeinde Kranken - und Unterstützungs-kasse aufgenommen wurde, geht hervor, daß in letzter Zeit eine größere Anzahl Arbeiter sich an der " eingeschriebenen Kasse" der Sozialdemokraten beteiligt hat. Da die neuesten Ereignisse klar gelegt haben, zu welchen traurigen und verwerflichen Zielen die Mitglieder dieses Vereins hingerissen werden können, finden wir uns veranlaßt, hiermit jeden Arbeiter aufzufordern, binnen längsten 14 Tagen ab heute aus diesem Verein auszuscheiden, und daß es geschehen bei dem betreffenden Zeithalter anzumelden, oder andernfalls mit Ablauf dieses Termins aus den diesseitigen Diensten auszuscheiden.

Die Abmeldung des Ausscheidens geschieht am zweckmäßigsten vermittels " eingeschriebener Briefe " per Post an die betreffenden Vertreter der Kasse.

Wir bringen bei dieser Gelegenheit noch zur Kenntnis, daß demnächst eine " eingeschriebene Kasse " für die Werkstattarbeiter mit möglichst günstigen Bedingungen eingerichtet werden wird.

Köln, den

Die Direction

F. Bernhard

eigenhändig, 2 S.

Nr. 13

1878 Juni 15 - Düsseldorf

Einladung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zu einer Kundgebung gegen die socialdemokratischen Bestrebungen. - Resolutionen.

Druck, 3 S.

Abbildung

< Abbildung zu Nr. 12 (Seite 3)

< Abbildung zu Nr. 12 (Seite 2)

Resolutionen.

1. Die Versammlung erblickt in den entsetzlichen Vorgängen der letzten Wochen einen Ausfluss der Staat und Gesellschaft untergrabenden, Geist und Gemüth vergiftenden socialistischen Umtriebe, denen ein Theil der Bevölkerung, insbesondere die arbeitenden Klassen in unserm Vaterlande seit Jahren ausgesetzt gewesen sind.
2. Die Versammlung erachtet es als die unbeweisbare Pflicht eines jeden Bürgers, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, die Pläne des Umsturzes, wie sie in jenen und zahlreichen anderen Vorgängen der letzten Jahre hervorgetreten sind, mit allen gesetzlich und moralisch zulässigen Mitteln zu bekämpfen.
3. Insbesondere ist es Aufgabe der Industriellen und Gewerbetreibenden, geschlossen gegen die socialistischen Umtriebe vorzugehen.
Die heute versammelten Vertreter industrieller Werke Rheinlands und Westfalens sind im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortlichkeit gegen sich und ihre Arbeiter gewillt, dieser Pflicht gemäss zu handeln, und so sehr sie nach wie vor bestrebt bleiben werden, die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu fördern, so unmaessig werden sie alle unlaute Elemente ausmerzen.
Sie sprechen zugleich die Ueberzeugung aus, dass jeder Gewerbetreibende in beiden Provinzen ebenso verfahren wird, und vertrauen, dass die Arbeiter im eigenen Interesse und zum Schutze des deutschen Gewerbelebens ihren Arbeitgebern in deren Bestrebungen treu zur Seite stehen werden.
4. Wie die Gewerbetreibenden aber entschlossen sind ihrerseits zu thun, was Bürgerpflicht gebietet, so erwarten sie auch von den Organen der Staatsregierung und den berufenen Vertretern der Nation die erforderliche Unterstützung, sowohl durch strenge Handhabung der bestehenden Gesetze, als auch durch Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche das Schwinden des Rechts- und Pflichtgefühls unter der arbeitenden Bevölkerung und die Neigung zu staats- und culturfeindlicher Agitation ermöglicht haben.

A 7673

Abbildung zu Nr. 13

Nr. 14

1878 Juni 21 - (Cöln)

Anlage A

R e v e r s

Ich Unterzeichneter verpflichte mich hierdurch, aus solchen Vereinen, welche socialdemokratische oder gleichartige Ziele verfolgen unverzüglich auszuscheiden, mich auch in Zukunft derartigen Vereinen nicht mehr anzuschließen, Beiträge für dieselben oder für andere socialdemokratische Zwecke nicht zu leisten, socialdemokratische Versammlungen nicht zu besuchen, sowie alle Lokale zu meiden, in welchen die Anhänger der socialdemokratischen Partei zu verkehren pflegen, auch keine Zeitungen socialdemokratischer Richtung zu halten oder zu lesen.

Sollte ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen, so erkläre ich mich mit meiner sofortigen Entlassung aus dem Arbeitsverhältnisse einverstanden.

.....den1878

Vervielfältigung , 1 S.

Abbildung

Nr. 15

1878 Juni 21 - Cöln

Verhandelt

Die Herren Vertreter der nebenbezeichneten Eisenbahn-Verwaltungen waren heute Behufs Berathung über gemeinsame Maßregeln zur Bekämpfung socialdemokratischer Bestrebungen unter den Beamten und Arbeitern der genannten Verwaltungen zusammengetreten.

Nach Austausch der bei den einzelnen Verwaltungen über den Umfang der Beteiligung der Beamten und Arbeiter an socialdemokratischen Bestrebungen und über die Wirksamkeit der bisher gegen eine derartige Beteiligung ergriffenen Maßregeln gemachten Erfahrungen , sowie nach Einsicht der unter dem 14. Juni cr. (currentis) zu Berlin und dem 18. Juni cr. zu Giessen über

K
Karrb.

Ich Unterzeichneter verpflichte mich hierdurch, aus solchen Vereinen, welche socialdemokratische oder gleichartige Ziele verfolgen unverzüglich auszuscheiden, mich auch in Zukunft derartigen Vereinen nicht mehr anzuschließen, Beiträge für dieselben oder für andere socialdemokratische Zwecke nicht zu leisten, socialdemokratische Versammlungen nicht zu besuchen, sowie alle Lokale zu meiden, in welchen die Anhänger der socialdemokratischen Partei zu verkehren pflegen, auch keine Zeitungen socialdemokratischer Richtung zu halten oder zu lesen.

Sollte ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen, so erkläre ich mich mit meiner sofortigen Entlassung aus dem Arbeitsverhältnisse einverstanden.

.....den1878

coll.
H.

(Forts. Nr. 15)

denselben Gegenstand von einzelnen Bahnverwaltungen gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse, einigte man sich unter specieller Zugrundelegung der Resolutionen des Giessener Protokolles über folgende Punkte :

I. Es ist die genèrelle ernste Ermahnung resp(ective) Verwarnung an alle Arbeiter soweit es noch nicht geschehen, zu erlassen, wobei es jedoch jeder einzelnen Verwaltung vorbehalten bleibt, in welcher Weise, ob durch Ansprache der betreffenden Oberbeamten oder durch Anschlag in den Arbeitsräumen oder schriftlich an jeden Einzelnen, dies am zweckmäßigsten zu bewirken ist.

Diese Resolution wurde mit einer Majorität von 6 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Minorität hatte beantragt, die Ermahnung resp. Verwarnung nur an den Orten eintreten zu lassen, wo irgend socialdemokratische Bestrebungen unter den eigenen Arbeitern vorhanden oder zu befürchten sind.

II. In Bezug auf das Verfahren gegen die als Anhänger der socialdemokratischen Partei ermittelten Arbeiter herrschte die Ansicht vor, daß solche Elemente nicht zu dulden seien und daß man sich mit der Ausstellung eines Reverses Seitens derselben in der Fassung der Anlage A nur dann zu begnügen habe, wenn die sichere Überzeugung an der Umkehr der Betreffenden von dem verderblichen Wege vorhanden ist.

III. Die von einer der beteiligten Verwaltungen entlassenen Arbeiter sollen selbstverständlich von keiner andern Verwaltung wieder angenommen werden. Über stattgefundene Entlassungen sollen deßhalb von benachbarten Verwaltungen entsprechende Mittheilungen gemacht werden. Diese Mittheilungen sollen von Direction zu Direction erfolgen, wobei jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß außerdem benachbarte Ressort-Vorstände die betreffenden Mittheilungen auch unter sich austauschen. -

IV. Die vorstehenden Verabredungen sollen sich, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, nicht nur auf die Werkstätten-Arbeiter sondern auf alle Betriebs- und Bauarbeiter, sowie Handwerker, welche im Dienste der Verwaltungen beschäftigt sind, erstrecken.

(Forts. Nr. 15)

Die Bau - Unternehmer haben in einem den betreffenden Verträgen anzuschließenden Paragraphen sich zu verpflichten, ihren Arbeitern gegenüber auf die Unterdrückung resp. Fernhaltung socialdemokratischer Elemente auf dem oben bezeichneten Wege hinzuwirken.

V. Die Herbeiführung einer Verständigung mit den großen industriellen Etablissements im Sinne eines gleichen Verfahrens wurde den einzelnen Verwaltungen überlassen, desgleichen die Mittheilungen der getroffenen Maßregeln an die übrigen interessirten Eisenbahn-Verwaltungen.

Die Rheinische Bahn übernimmt es, die Verwaltungen über die Resolutionen zu informiren, welche am 24. in Düsseldorf im Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen werden gefaßt werden.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die hier vereinbarten Beschlüsse ebenfalls in geeigneter Weise in der erwähnten Düsseldorfer Conferenz bekannt gegeben werden.

VI. Gegen socialdemokratische Beamte wird mit Versetzung oder Entlassung vorgegangen werden.

Auf Wunsch der Versammlung übernimmt der Herr Vertreter der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Hannover die Vermittelung des Herrn Handels-Ministers dahin anzurufen, daß Seitens des Herrn Ministers des Innern die Polizeibehörden angewiesen werden, den Bahnverwaltungen socialdemokratische Bewegungen unter ihren Beamten und Arbeitern, sowie die Namen der Beteiligten sofort nach Feststellung mitzutheilen.

In Fidem . Unterschrift

Vervielfältigung; am Linken Rand der 1. und 2. Seite die Namen der Vertreter der Eisenbahnen; 4 S.

Nr. 16

1881

Flugblatt: "Tagelöhner der europäischen Fürsten"

Druck, 1 S.

Nr. 17

1878 Juli - Köln

Flugblatt der Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft (Rennen).

Druck, 1 S.

Nr. 18

1878 Juli 11 - Köln

Rheinische Eisenbahn. Auszug aus dem Protokolle der Directions-Sitzung vom 11. Juli 1878

Journal Nr. 33

Die Direction erklärt ihr Einverständnis mit der Bildung einer besonderen Unterstützungskasse (eingeschriebenen Hilfskasse) für die Arbeiter der Central-Werkstätte nach Maßgabe des Gesetzes vom 7. April 1876 auf Grundlage des vorgelegten Entwurfs, indem sie insbesondere den in dem Entwurfe vorgesehenen Zuschuß zur Casse von 50 Prozent der in den 14 tägigen Lohnabschnitten fälligen Beiträge der Arbeiter, welche 2 Pfennige pro Mark Lohn betragen sollen zu bewilligen beschließt. Der Herr Special-Director wird hierbei auf seinen Antrag ermächtigt, nunmehr gegenüber den der social-demokratischen Parthei angehörigen resp. an social-demokratischen Cassen beteiligten Werkstätten-Arbeiter die in der Conferenz vom 21. v. Mts. (vorigen Monats) beschlossenen gemeinsamen Maßnahmen zur Anwendung zu bringen.

Unterschriften in Fidem gez. Biecher handschriftlich, 1 S.

Nr. 19 und 20

1878 Aug. - (Köln)

Artikel, in: Kölner Freie Presse (beziehen sich auf Prozesse gegen G. Schumacher, Dietzgen und Kröger im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der Eisenbahn).

Druck, 2 S.

Abbildung zu Nr. 29 >

König. Leg. Köln. Karl Meibauer 2/11

Verzeichnis
der in dem Protokolle der Directions-Sitzung vom 11. Juli 1878 erwähnten Zeit- und Schriftstücke

Nr.	Titel	Verfasser	Ort	Datum	Vermerk	Blätter
16	Tagelöhner der europäischen Fürsten			1881		1
17	Flugblatt der Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft (Rennen)			1878 Juli		1
18	Auszug aus dem Protokolle der Directions-Sitzung vom 11. Juli 1878			1878 Juli 11		1
19	Artikel in der Kölner Freie Presse			1878 Aug.		2

(Handwritten notes in the table cells include names like 'Meibauer', 'Biecher', and various dates and locations like 'Köln', 'Köln', 'Köln').

Georg Schumacher *)

Ein Vorläufer

Die „Kölner Freie Presse“

Als im Jahre 1873 auf dem Einigungskongress in Gotha der langjährige unheilvolle Bruderzwist zwischen den Sozialdemokraten Deutschlands begraben wurde, brach sich bald der Gedanke unter den Kölner Genossen Bahn, ein eigenes Parteiblatt ins Leben zu rufen. Obgleich der Parteivorstand aus finanziellen Gründen ablehnte, erschloß bereits im Dezember 1876 unter dem Titel „Kölner Freie Presse“ die Probe Nummer eines Wochenblattes, zu dem der Unterzeichnete, der damals in Barmen arbeitete, als verantwortlicher Redakteur berufen wurde. Der Fachverein der Tischler hatte bereits 1874 die neunzehntätigige Arbeitszeit durchgesetzt und zählte in seinen Reihen allein über 300 Abonnenten auf das damalige Zentralorgan „Volkstaat“ in Leipzig.

Von diesen und den Metallarbeitern wurde die Propaganda für die „Kölner Freie Presse“ betrieben. Rittinghausen, der bereits 1849 Mitverfasser des Programms der berühmten „Demokratischen Gesellschaft“ war, lieferte schon in den ersten Nummern wertvolle Abhandlungen. Andre tüchtige Mitarbeiter waren Karl Hirsch in Paris, J. Dietzgen in Siegburg und mehrere Kölner Juristen, deren Namen auch bei ihren politischen Gegnern einen guten Klang hatten. Marx und Engels, denen die „Kölner Freie Presse“ regelmäßig zugestellt wurde, und die sich für ihren alten Wirkungskreis immer lebhaft interessierten, haben bestimmten nationalökonomischen Arbeiten eines jungen Kölner-Juristen dem Unterzeichneten gegenüber ungeschwäthtes Lob gezollt. Gedruckt wurden 1700 Exemplare, von denen nach Aachen und Mülheim a. Rh. je stark 200, nach Kalk und Deutz stark 170 versandt wurden. Nach Koblenz gingen 30 Exemplare, ebenso

waren Abonnenten in Bonn, Eschkirchen, Brühl, Worringen, Fleesteden, Berg, Gladbach und in mehreren Orten des Kreises Kempen, von wo auch ein Genosse Mevissen, ein Verwandter des berühmten Mevissen, dann und wann einen interessanten Beitrag lieferte. Von Arbeitern der Maschinenfabrik Deyenthal und der Zentralwerkstätte in Nippes fand die Verbreitung in vielen Dörfern des Landkreises Köln statt.

Die „Kölner Freie Presse“ wurde zuerst bei Franz Mermel, dann bei Otto Greuter und zuletzt bei der „Filialis Barmen der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei“ hergestellt. Als nämlich in Barmen nicht wegen als sechs Redakteure hinter Schloß und Riegel saßen und täglich neue Verhaftungen zu gewärtigen waren, wurde der Redakteur der „Kölner Freie Presse“ vom Parteivorstand nach Barmen berufen, um die Redaktion der „Bergischen Volksstimme“ bis zur Entscheidung, ob das Sozialistengesetz angenommen werde oder nicht, zu übernehmen. Aus diesem Grunde mußten die letzten sieben Nummern des Kölner Blattes ebenfalls in Barmen hergestellt werden. Als dann das Ausnahmegesetz beschlossen und die „Bergische Volksstimme“ unterdrückt wurde, auch keine Aussicht mehr war, die Herausgabe irgendeiner sozialdemokratischen Zeitung fortsetzen zu können, nahm die „Kölner Freie Presse“ Abschied von ihren Lesern.

Damit ein Wiedererscheinen des Blattes unter dem Ausnahmegesetz unmöglich sein sollte, wurde es am 5. November 1876 auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 vom Regierungspräsidenten (Gulouneau) noch ausdrücklich verboten und zugleich das Verbot des ferneren Erscheinens ausgesprochen.

Häufige Anklagen waren der „Kölner Freien Presse“ während der kurzen Zeit ihres Erdendauers beschieden, die jedoch, mit Ausnahme einer einzigen, wo es drei Wochen Klängelstutz absetzte, alle mit Freispruch endeten oder in der Voruntersuchung niedergeschlagen wurden. G. Sch.

Redakteure der »Rheinischen Zeitung«

Und was sie wurden . . .

Viele Redakteure hat in den langen Jahrzehnten ihres Seins die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ als fleißige Arbeiter in ihrem Kollegium geholt. Zu ihr kamen Kämpfer und Schriftsteller von Wissen und frischer Feder, die der „Rheinischen Zeitung“ bald eine Sonderstellung unter den sozialdemokratischen Organen des deutschen Westens zu geben wußten. Ihr erster politischer Redakteur war im Jahre 1874 Charles Hirsch. Er hatte in Brüssel „Die Lanterne“ in den Jahren des Sozialistengesetzes geleitet und war dann später an die Feuilletonredaktion der „Frankfurter Zeitung“ gekommen. Von dort wirkte August Bebel seine Berufung in die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“. Unsere älteren Mitarbeiter im Betrieb wissen sich des kleinen, bescheidenen Mannes noch sehr gut zu erinnern, der, mit einem kleinen Köpfcchen auf dem Kopfe, ein wenig ängstlich und überkorrekt seine verantwortungsvolle Arbeit verrichtete. So recht wohl hat er sich in Köln in den zwei Jahren seiner Tätigkeit nicht gefühlt; der Tageskampf, der manchmal recht wilde Formen annahm, behagte ihm nicht. In den Anfangsjahren der „Rheinischen Zeitung“ war ein junger Kölner Bankbeamter eifriger Mitarbeiter: Emil Rosenow. Seine politische Laufbahn führte ihn später nach Sachsen, wo er einen Erzgebirgskreis für den Reichstag eroberte.

Schon während der Tätigkeit von Charles Hirsch arbeitete Adolf Hofrichter in der Redaktion. Er war von Beruf Schlosser und wußte sich durch seine fleißige Arbeit, besonders im lokalen Teil, unentbehrlich zu machen, so daß er bald die Redaktion des Kölnischen Teils übernahm. Adolf Hofrichter hat von da an in der Kölner Parteioorganisation eine wichtige und führende Rolle gespielt. Auch als er aus der Redaktion ausschied und Leiter des Bezirkssekretariats für die Obere Rheinprovinz wurde, blieb er Repräsentant der Kölner Partei, der sich durch seine Treue und Unverwundlichkeit Ansehen und Vertrauen zu verschaffen wußte. Im Jahre 1912 gelang es ihm, das Kölner Reichstagsmandat dem Fall der Liberalen, die an der Niederlage des Zentrums küßlich mitgewirkt hatten, hervorzuheben. Im Herbst 1916 ist Adolf Hofrichter gestorben. Seine Beisetzung war eine gewaltige Kundgebung der Kölner Arbeiterklasse.

In die politische Redaktion trat nach dem Ausscheiden von Charles Hirsch Dr. August Erdmann ein. Er hat der „Rheinischen Zeitung“ mit hingehendem Fleiß gedient und ihr bis zum Jahre 1907 das politische Gesicht gegeben. Erdmann betätigte sich nach seinem Ausscheiden als freier politischer Schriftsteller. Im Jahre 1912 wurde er in Dortmund in den Reichstag gewählt. Nach Kriegsende wurde Dr. August Erdmann Landrat in Schwelm; heute wirkt er wieder als freier Schriftsteller, der der „Rheinischen Zeitung“ manch wertvollen Artikel liefert. Johann Meerfeld trat in die politische Redaktion an seine Stelle; bis zum Jahre 1920 gehörte er der „Rheinischen Zeitung“ an. Von seinen Verdiensten um sie braucht hier nicht gesprochen zu werden; sie sind allen Kölner Freunden bekannt. Meerfeld ist heute Beigeordneter der Stadt Köln, Leiter des Amtes für Kunst und Volkbildung. Er ist Vorsitzender der Parteioorganisation für die Obere Rheinprovinz, trat 1917 als Nachfolger Hofrichters in den Reichstag ein, wurde dann später Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und gehörte dem neuen Reichstag bis 1924 an. Er ist gegenwärtig Mitglied des Preussischen Staatsrats.

Man darf sagen, daß nicht wenige Redakteure der „Rheinischen Zeitung“ „Karrriere“ gemacht haben. Peter Trimborn, lange Jahre Lokalredakteur und Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion, ist heute Landrat von Solingen-Land. Emil Kirschmann, Mitglied des Reichstages, trat 1919 als Provinzredakteur in die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ ein, wurde 1924 Mitglied des Reichstages

und folgte einem Ruf ins preussische Innenministerium, in dem er jetzt als Ministerialrat tätig ist. Ernst André, in der Vorkriegszeit Redakteur der „Rheinischen Zeitung“,

Gruf des alten Milkämpfers

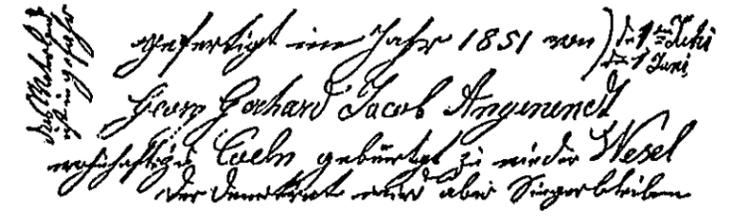
Als ich vor 35 Jahren, von der „Freien Presse“ in Eberfeld kommandiert, in die Redaktion der damals noch sehr jungen und kleinen „Rheinischen Zeitung“ eintrat, bestand diese aus einem Redaktionszimmer, einem Mitredakteur, dem wackeren Adolf Hofrichter, und einem Telefon. Diese Erügnungsschicht hatte mein Vorgänger, Karl Hirsch, von Paris mitgebracht. Sie sagte mein Erstes, dann bei dem Eberfelder Parteiblatt, dem ältesten und gelehrsamsten im ganzen Westen, hatte es so was nicht gegeben. Der Telefondienst in der Hämmergasse selbigen Angedenkens war weder besonders ausgedehnt noch anstrengend. Er bestand zur Hauptsache in der Entgegennahme einer Meldung vom Hafenamt, das uns zwischen 11 und 12 Uhr vormittags den Wasserstand ankündigte. War das geschahen, hatte das Telefon Ruhe.

Unter uns, in einem Anbau holzwirt, rang sich von 1 Uhr mittags eine Druckmaschine ehrwürdigen Alters, die sich „Schnell“ presse nannte, bis weit in den Nachmittag hinein gähelnd eine Auflage von 2 bis 3000 Stück ab. Der damalige Umfang unserer „Rheinischen“ beschränkte sich meist auf vier Seiten; wann es hoch kam, wurden es sechs, und wann es, so um Weihnachten herum, kästlich gewesen war, dann wurden es auch wohl acht Seiten. Das ist ja nun mit dem Wachstum der Partei und der allgemeinen zunehmenden Hinwendung zum politischen und geistigen Leben zunächst langsam aber stetig, dann mit dem großen Kriege gewaltig anders geworden.

Ich wünsche der „Rheinischen Zeitung“ bei ihrem Einzug in den Babobau auf der andern Seite ein weiteres Blühen, Wachsen und Gedeihen unter politisch erfreulichen Umständen als wir gegenwärtig erleben müssen. Bei diesem Wunsche befallt mich ein laies Geseuen, wenn ich daran denke, bis wohin die Host und Hatz der Jetztzeit das Tempo im Zeitungsbetrieb und den politischen Hunger der Menschheit auf Neues, Allernuostes noch steigern wird. Jedenfalls wünsche ich den kommenden Kollegen an der „Rheinischen Zeitung“ die zur Bewältigung solcher Aussichten nötigen Nerven.

August Erdmann.

„Der Demokrat wird aber Steger bleiben!“ Eine Verkündung vor 80 Jahren



Diesen Zettel fand ein Kölner Mitbürger im März 1931 bei der Versehung des Grabsteins eines vor 27 Jahren gestorbenen Verwandten. - 1851 hatte die preußische Reaktion wieder die Oberhand gewonnen.

Nr. 21

1878 März 24 - Nippes

Mitgliedsbuch der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft für

Reiner Lammertz.

2 S.; im Buch befindet sich nur 1 Beitragsmarke vom 1. Halb-

jahr 1878, danach mußten die Arbeiter austreten, wenn sie nicht

ihren Arbeitsplatz verlieren wollten (vgl. Nr. 14).

Abbildung (Umschlag Vor- u. Rückseite)

Nr. 22

1878 Juni 18 - Nippes

Verzeichnis der sozialdemokratischen Arbeiter der Maschinen-

Verwaltung.

3 S., handschriftlich

Nr. 23

Plakat für eine Maifeier "Proletarier aller Länder vereinigt euch".

Nr. 24

1878 Okt. 26 - Köln

Kölner Freie Presse mit Abdruck des Sozialistengesetzes und Artikel über den Prozeß gegen Schumacher und Genossen.

Druck, 4 S.

Nr. 25

1931 - Köln

Artikel über den Redakteur Georg Schumacher der Kölner Freien Presse und über die Redakteure der Rheinischen Zeitung, u. a.

Adolf Hofrichter.

Druck, 2 S.

Abbildung

Nr. 26

1878 Nov. 2 - Köln

Letzte Ausgabe der Kölner Freien Presse, Titelseite.

Druck, 1 S.

Abbildung

Nr. 27

1878

Verzeichnis der verbotenen Zeitungen, S. 2 "Kölner Freie Presse".

Vervielfältigung, 2 S.

Nr. 31

1878 Okt. 30 - Berlin

Ministerium des Innern
vertraulich

Die königliche Regierung (Landdrostei) setze ich in Kenntnis, daß sowohl das sozialistische Centralwahlcomité als auch die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, welche in Hamburg ihren Sitz hatten, der dortigen Polizeibehörde unter dem 21. des Monats ihre Auflösung angezeigt haben.

Was das fernere Verhalten der socialdemokratischen Partei betrifft, so scheint dieselbe nach der mir zugegangenen Nachricht die Absicht zu haben, die gewerkschaftlichen Vereine, soweit dies unter der Herrschaft des Socialistengesetzes möglich ist, zu conserviren. Ist die fernere Benutzung dieser Organisation der Handhabung des Gesetzes gegenüber nicht möglich, so will man, um die Partei-Organisation zu erhalten, lediglich gesellige Vereine gründen, welche sich äußerlich von Politik fern halten und sich jederzeit einer Revision aussetzen können, ohne Gefahr zu laufen, aufgelöst zu werden.

Die politische Agitation und Propaganda soll auf ganz kleine Kreise beschränkt und dabei dieselbe Organisation benutzt werden, denen sich die Nihilisten bedienen. Diese besteht darin, daß je ein Hauptagitator eine beschränkte Anzahl, mutmaßlich etwa 12 Genossen um sich sammelt, welche er zur Agitation anleitet, daß jeder Genosse wiederum Vorstand einer Section von etwa eben soviel Personen wird, daß die 12 Mitglieder dieser Section wieder ihre Genossen um sich sammeln und in dieser Weise daher ein Netz socialdemokratischer Vereine über die, der Agitation vorbehaltenen Orte und Landestheile verbreitet wird.

Wo die für die Partei zu sammelnden Geldbeträge hinfließen sollen, scheint noch nicht entschieden zu sein, jedoch soll davon die Rede gewesen sein dieselben dem Generalrathe der Internationale zu übersenden.

Indem ich die Aufmerksamkeit der Königlichen Regierung / Landdrostei hierauf lenke, sehe ich einer gefälligen Anzeige entgegen, sobald die im dortigen Bezirke gemachten Wahrnehmungen die

(Forts. Nr. 31)

Formen, deren sich die socialdemokratische Partei für ihre weitere Organisation und für die Besorgung ihres Kassensens bedient, erkennen lassen.

Der Minister des Innern In Vertretung gez. Bitter An die
Königliche Regierung zu Köln

Vervielfältigung, 1 1/2 S.

Nr. 32

1879 Sept. 11 - Cöln

An den Bürgermeister Herrn Eich in Nippes

Um einer Seitens der Königlichen Regierung an mich ergangenen Requisition gerecht werden zu können, veranlasse ich Sie, mir unbedingt binnen 48 Stunden eine Nachweisung der in dortiger Bürgermeisterei bestehenden anscheinend socialdemokratischen Bestrebungen dienenden

- a) gewerkschaftlichen Vereine bezw. Zweigvereine bezüglich der letzteren unter Angabe des Sitzes der Hauptvereine
 - b) eingetragene Genossenschaften (...)
 - c) eingeschriebene Hilfskassen (...) und deren Zahlstellen unter Angabe, ob die Hilfskasse zu einer verbotenen Gewerkschaft in Beziehung gestanden hat, bezw. an eine noch bestehende Gewerkschaft sich anlehnt,
 - d) nicht eingeschriebenen Kassenvereine (...)
 - e) gesellige, Bildungs- und musikalische Vereine unter Angabe, ob die Gründung derselben in die Zeit vor oder nach Erlaß des Gesetzes fällt - unter kurzer Mittheilung des Resultats der in Betreff der einzelnen Vereine und Kassen gemachten Bestrebungen einzureichen.
- Sodann wollen Sie sich darüber äußern, ob in Ihrem Amtsbzirkel Hilfskassen nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. April 1876 eingerichtet sind und ob die Einrichtung derselben in dortiger Bürgermeisterei rätlich erscheint.

Der Landrath. i. V. der Kreisdeputirte

Unterschrift.

Vervielfältigung, 1 S.

1:50

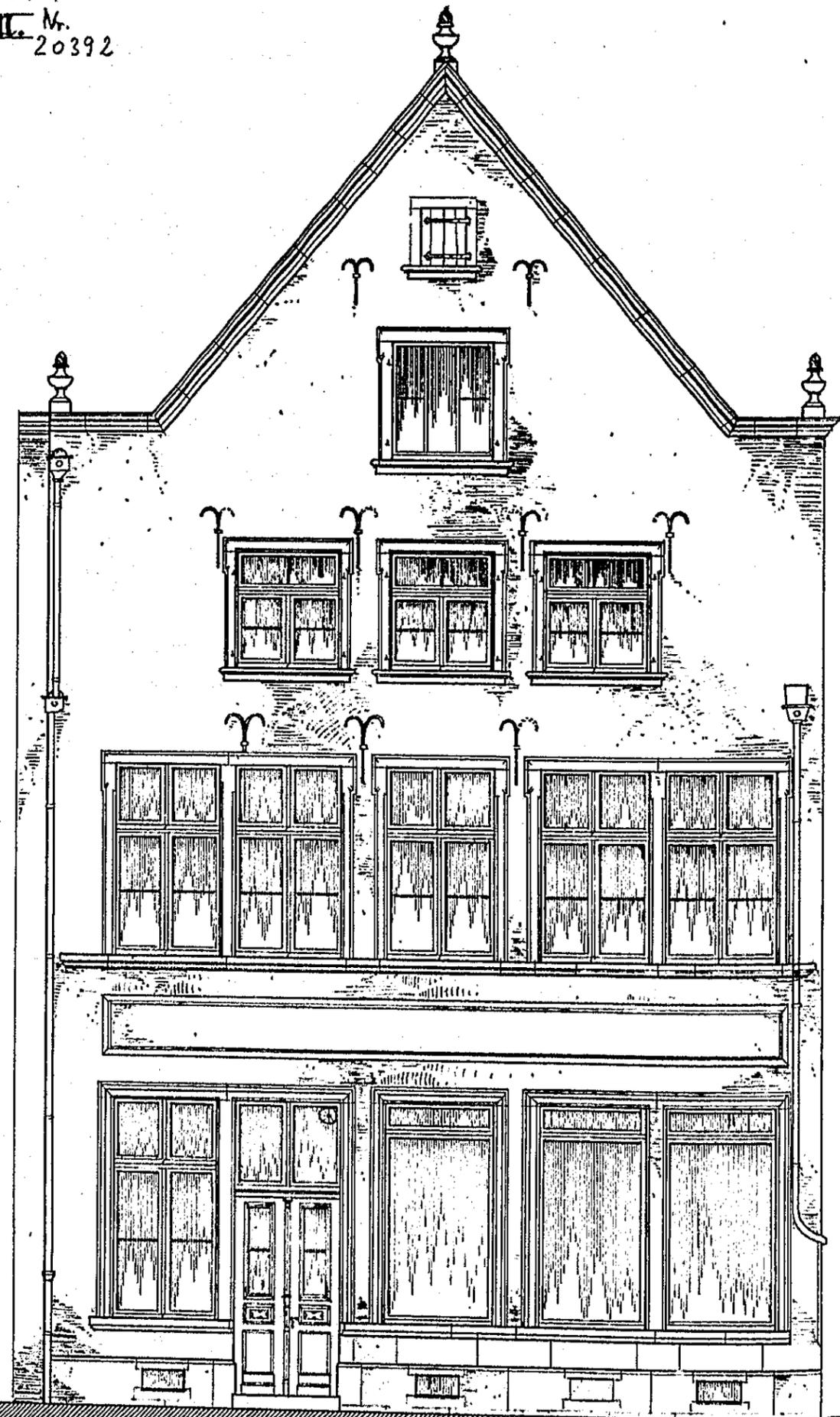
Sternenjane 30

Von Gust. Krause

1911

Nr. 20392

Architekt **Krause**



Adolf Hofrichter

Unvergessen ist Adolf Hofrichters Name unter den Aelteren der kölnischen und der rheinischen Sozialdemokraten. In

Nr. 34

Abschrift

Die Anlagen

br.m. (brevi manu) dem Herrn Specialdirector Geheimen Rath
Rennen Hochwohlgeboren ergebenst zurückgereicht.

Die drei durch die Polizeibehörde namhaft gemachten Leute :
Kiel, Meuser und Rust, arbeiten in der Central-Werkstätte,
und zwar in der mir unterstellten Abtheilung.

Dagegen ist ein Arbeiter Johann Heil weder bei mir, noch in
der Wagenbau - Abtheilung beschäftigt.

Die drei ersteren habe ich protocollarisch vernommen und
füge ich deren Aussagen ergebenst bei:

p. Kiel gibt an, nicht Christian, sondern Johann zu heißen.
(Ein Christian Kiel ist überhaupt hier nicht beschäftigt). Er
ist ein stiller Arbeiter, dem von seinem Werkführer ein gutes
Zeugniß ausgestellt wird, macht auch auf mich den Eindruck
eines ruhigen und wahrheitsliebenden Mannes, so daß ich
an seinen Aussagen nicht zweifle.

p. Meuser, den ich nach seinem Wesen wohl für einen der
socialistischen Partei angehörigen Menschen halten möchte,
hat mir auf's Bestimmteste versichert, daß er im vorigen Jahr
aus der Metallarbeiter-Gewerkschaft ausgetreten sei, und sich
seitdem in keiner Weise mehr daran betheilig hat. Auch weist
derselbe durch zwei Zeugen nach, daß er am 16. März d.J. Vor-
mittags zwischen 11 - 1 Uhr gar nicht in Cöln, sondern hier in
Nippes in der Wirthschaft von Hansmann gewesen sei. Er ist als
fleißiger Arbeiter bekannt.

Dem p. Rust wird von seinem Werkführer in jeder Beziehung ein
gutes Zeugniß ertheilt. Auch hat er bei seiner Vernehmung auf
mich den besten Eindruck gemacht.

Alle drei habe ich sehr eindringlich ermahnt, sich durchaus
nicht bei socialistischen Gesellschaften zu betheiligen, da ich,
sobald ich derartiges erführe, ihre sofortige Kündigung veranlas-
sen würde.

Schließlich habe ich die betr. Werkführer angewiesen, sie genau
zu beobachten.

(Forts. Nr. 34)

Ein weiteres wird vor der Hand nicht geschehen können.

Nippes, den 5. Juni 1879 . Der Obermaschinenmeister gez. Nohl

1879 Juni 3 - Nippes

Verhandelt

Es erschien der Schlosser Johann Kiel und gab Folgendes zu Protocoll.

Ich habe keinen anderen Vornamen als Johann, arbeite seit dem
9. Aug. 1878 in hiesiger Central-Werkstätte und wohnte bei
meinem Eintritte hier selbst in Deutz, Ludwigsstr. Nr. 6, bin
aber am 28. Oktober desselben Jahres nach Nippes, Escherstr. No. 1,
verzogen. Ich habe früher ungefähr 1/2 Jahr lang der Metall-
arbeiter-Gewerkschaft als Mitglied angehört, bin aber, noch ehe ich
in die Central-Werkstätte eintrat, aus diesem Verband ausgeschie-
den, habe auch seit jener Zeit weder in Cöln ein Wirthshaus besucht,
noch überhaupt mit den Mitgliedern der Metallarbeiter-Gewerkschaft
verkehrt.

v.g.u. gez. Johann Kiel

a.u.s. Obermaschinenmeister gez. Nohl

1879 Juni 3 - Nippes

Verhandelt

Es erscheint der Schlosser Eduard Meuser und gibt Folgendes zu
Protocoll: Ich war früher Mitglied der Metallarbeiter-Gewerkschaft
bin aber als seitens der Direction der Rheinischen Eisenbahn
die Betheiligung an dieser Gewerkschaft verboten wurde, aus der-
selben ausgetreten; nur zweimal bin ich noch in Cöln in einer
Versammlung gewesen, jedoch lediglich deshalb, um daselbst einen
gewissen Schlosser Weirauch zu treffen, von welchem ich Geld zu
fordern hatte. Im Laufe des Jahres 1879, namentlich seit Fast-
nacht d. Jahres erinnere ich mich nicht, daß ich an einem Sonntag
Vormittags in Cöln in einem Wirthshause gewesen bin, also auch
nicht in der Wirthschaft von Steinbüchel in der Witschgasse. Daß

Wachtung!

Bürger! Arbeiter! Köln, Mühlheims und Umgebung!

Wie oft wird nicht heutigen Tages die soziale Noth, die elende Lebenshaltung der Arbeiter in Wort und Schrift an der Hand von Thatsachen dargelegt. Von Tag zu Tag wird die Lage der arbeitenden Bevölkerung elender, ihre Noth größer, deren Ursache das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem ist, in dessen Natur es liegt, daß die Großen die Kleinen und die Größeren die Großen aufreißen. Da giebt es kein Entrinnen; das Kapital hat die Macht und je größer, je mächtiger ist es und diese Macht lassen die Kapitalbesitzer allen denen, welche von ihnen abhängen, nur zu oft in brutalster Weise fühlen.

Hat man auch an hervorragender Stelle anerkannt, daß etwas für die Arbeiter geschehen müsse, indem das Elend und die Ausbeutung der Arbeiter in manchen Industrien berart ist, daß es „zum Himmel schreit“, so ist das Unternehmertum gegen diese Nothrufe taub oder sucht sie zu unterdrücken, gleichviel ob durch Gewalt oder List. Der Paragraph 152 der Gewerbeordnung, der den Arbeitern das „Recht zuspricht“ sich zu vereinigen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, existirt für das Kapitalproletariat einfach nicht. In maßloser Frechheit verhöhnen und verhindern sie die Ausübung dieser garantirten Rechte.

Kein Gesetz giebt es für die Mächtigsten dieser Erde, den Großherrscher von Geldsacks Gnaden, soweit nicht ihre Profitgier, ihre Ausbeuterinteresse dadurch gesichert ist. Wehe denen, die sich dem Kapitalisten entgegenstellen bei Ausübung ihrer wirtschaftlichen Raubzüge, pochend auf ihr Recht, der wirtschaftliche Ruin und gesellschaftliche Verachtung ist ihr sicherer Lohn. Was scheert dem „Herrn“ die Noth, das Elend derjenigen, die für sie nur dazu da sind, sich als willenlose Werkzeuge ihrer Launen, sich Tag für Tag ausbeuten und schinden zu lassen, zum Lobe und zum Ruhme Gott Mammons. Auf der einen Seite Menschen, welche bei harter Frohu und Arbeit kaum des Lebens Nothdurft haben, während auf der anderen eine Schaar Nichtsthuer, Fabrikanten, Unternehmner Aktionäre genaunt, keine andere Aufgabe kennen, als maßlos die Früchte der Arbeit einzujuchsen in Form von Dividenden, Entbehrungslohn u. s. w., welche ihnen ein Leben voll Freude und Wonne gestattet.

Am trassesten treten diese Zustände hervor in den Nahrungsmittelbetrieben, zu denen auch die Bierbrauereien gehören. Hier wird der Arbeiter als Packesel betrachtet und demgemäß behandelt, die Arbeitszeit ist eine ungeheuer lange, nur die unumschränkte Willkür des Herrn und seiner Beamten, zumeist Braumeister, gilt hier und die Meisten, d. h. die unverheirateten Brauburschen, müssen in der Brauerei Kost und Logis nehmen, wohl der Beweis der bei uns herrschenden mittelalterlich-patriarchalischen Wirtschaft.

Einer dieser Musterbetriebe ist die Brauerei Jonas Kreuzer, Mühlheim a. Rh., deren Braumeister Simons es ein Dorn im Auge war, daß etliche Brauer dem Zentralverbande deutscher Brauer angehörten. Der Bursche denkt doch der Braumeister lenkt oder will doch lenken, indem diese modernen „Sklaventreiber“ in einer Sitzung beschlossen, unserer hiesigen

Zahlstelle und wenn's damit gethan wäre, dem ganzen Verband das Lebenslicht auszublafen. Bis zum 1. Februar 93 sind sämtliche der Organisation angehörige Arbeiter zu entlassen! Dies die selbstherrliche Verordnung, deren erstes Opfer der Vertrauensmann unserer Zahlstelle war, dem noch etliche Andere folgten, durch das rigorose Vorgehen, dessen Hauptperson der „humane“ Braumeister Simons obiger Brauerei war. So entläßt, maßregelt er Leute, die seiner eigenen mündlichen und schriftlichen Aussage gemäß, treu und zuverlässig ihre Arbeiten vollführten, so daß er oft 8 Tage hindurch es nicht für nothwendig fand, in die Brauerei zu kommen.

Trotz der erbärmlichen Verhältnisse: „Monatlich M. 76.32 für 316 Stunden schwerster anstrengender Thätigkeit; 13 stündiger täglicher Arbeit pro Stunde 24 Pf.“ stellten wir keine einzige Forderung, welche den profitwärtigen „Herrn“ hätte erregen können. Wir mit unserm geringen Verstande sahen eben ein, daß, wenn die Brauerei Kreuzer wie im vorigen Jahre M. 12,000 Speise auswirft, die Arbeiter sich mit einem largen Lohne zufrieden geben müssen.

Bürger! Arbeiter! so sind die Thatsachen; nicht an uns liegt die Schuld, daß es so weit gekommen ist, Unternehmehochmuth, Despotengelage, haben diesen Streit hervorgerufen. Noch bis zum letzten Augenblick haben wir versucht, auf gutlichem Wege die Sache beigelegen, doch entblüdete der famose Braumeister sich nicht zu äußern, „wenn er uns wieder beschäftige, habe er Anwartschaft auf's Irrenhaus, zudem ihm die „Sozialdemokraten“ das Gedröck ja verderben könnten!“

Wer mit solchen albernen Phrasen um sich wirft, angeht eine so ernsten Sache, hat sich selbst genügend gekennzeichnet, indem daß er dem Arbeiter Recht und Charakter abspricht.

Bürger, Arbeiter, Kollegen! zeigt diesem „Herrn“ in der Brauerei Kreuzer, wie allen Unternehmern und gleichgesinnten Süßlingen, daß wir wissen, was wir wollen: „Volle Ausübung des Vereinigungsrechtes, Bewegungsfreiheit und Selbstverwaltung unserer Interessen!“ Nicht Herr, aber auch nicht Knecht wollen wir sein! Jedweber, der mit uns denkt und fühlt, unter dem Joche des Kapitals schmachtet, wird unsere Sache zu der seinen machen, indem er uns moralisch und materiell unterstützt. Zeigt den Herren, daß sie auf den Verbrauch des Publikums angewiesen sind; das Bier das nicht getrunken wird hat seinen Zweck verfehlt, für den es in erster Linie erzeugt wird, Dividende noch sonstige Profite sind dahin; mögen die Herren es selbst trinken, wenn es auch nicht ohne Sozialdemokraten verderben soll.

Bürger! Arbeiter! ruft Euch den Namen Jonas Kreuzer ins Gedächtniß, sobald ihr beim Glase Bier sitzt, erinnert Euch des Kampfes der Brauereiarbeiter, der auch der eure ist. Es gilt Unternehmervillkür und brutale Annäherung zurückzuweisen! Wir fürchten weder Maßregelungen noch scheuen wir Opfer für unsere gerechte Sache. Wezeigt uns Eure Solidarität, deren auch wir Euch versichern. Hoch das Vereinigungsrecht, die freie Selbstbestimmung der Arbeiter.

Die Kommission.

(Forts. Nr. 34)

ich am 16. März d. Jahres Vormittags zwischen 11 - 1 Uhr nicht in Cöln, sondern in Nippes in dem Locale von Hansmann gewesen bin, kann ich durch Zeugen beweisen.

v. g. u. gez. E. Meuser

Es erscheint der Former Carl Conz und gibt Folgendes zu Protocoll:

Ich erinnere mich ganz genau, daß der Schlosser Eduard Meuser am Sonntag vor Mitfasten Vormittags zwischen 11 und 1 Uhr in dem Locale von Hansmann in Nippes zugegen war, woselbst ein Theaterstück eingeübt wurde.

v. g. u. gez. K. Conz

1879 Juni 5 - Nippes

Verhandelt

Es erscheint ferner der Sattler August Bader und gibt Folgendes zu Protokoll:

Ich bin Mitglied der Liedertafel in Nippes, zu welcher seit Fastnacht auch der Schlosser Eduard Meuser gehört.

Wir haben im Monat März d. J. ein Theaterstück eingeübt, und hatten am Sonntag d. 9. März vormittags die erste, und am Sonntag den 16. März die zweite Bühnenprobe im Locale von Hansmann dahier. Ich erinnere mich genau, daß der Schlosser Eduard Meuser bei diesen Proben stets zugegen war. Dieselben fingen gegen 11 Uhr Vorm. an, dauerten bis ungefähr 1 Uhr.

v. g. u. gez. August Bader

Es erscheint der Zuschläger Heinrich Rust und gibt Folgendes zu Protokoll: Ich bin im Jahre 1877 in die Krankenkasse der Metallarbeiter-Gewerkschaft als Mitglied eingetreten.

Nachdem ich aber gesehen, daß in dieser Gewerkschaft politische

(Forts. Nr. 34)

und socialdemokratische Zwecke verfolgt wurden, bin ich, wenn ich nicht irre, im März 1878, jedenfalls noch, bevor die Direction der Rheinischen Eisenbahn den Arbeitern die Mitgliedschaft untersagte, wieder aus dem Verbandsverbande ausgetreten und habe mich seit jener Zeit an keinem derartigen Vereine mehr betheiligt, auch keinerlei Locale besucht, wo dieselben ihre Versammlungen hielten.

v. g. u. gez. H. Rust

a. u. s. Der Obermaschinenmeister gez. Nohl

handschriftlich, 4 S.

Nr. 35

1887 Juli 15 - Zürich

Der Sozialdemokrat, Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.
Druck, 1 S. als Beispiel

Nr. 36

1884 - Zürich

Flugblatt für Drechslermeister August Bebel "An die Reichstags-Wähler des Stadt- und Landkreises Köln!"
Druck, 1 S.

Nr. 37

1878 Nov. 30 - Nippes

Socialdemokratie betr.

Verfügung vom 4. Nov.

und 12. Nov. currentis

Herrn Landrath

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich in Erledigung der nebenbezeichneten verehrlichen Verfügung gehorsamst zu berichten, daß bereits kurze Zeit vor Erlass des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie die hier gebildeten Gewerkschaften und socialdemokratischen Vereinigungen aufgehört haben zu bestehen, die Bestimmungen des Gesetzes daher nicht in Anwendung gebracht zu werden brauchen. Jedenfalls hat das Gesetz die Wirkung gehabt, daß öffentliche Volksversammlungen, in denen socialdemokratische Agitatoren als Redner auftraten, nicht mehr stattfinden und die hier gelesenen socialdemokratischen Zeitungen, die "Cölner Freie Presse" sowie der "Pionier" verboten sind. Eine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften ist seitens der Führer der socialdemokratischen Bewegung nicht versucht worden, wie denn überhaupt die öffentliche socialdemokratische Agitation ins Stocken gerathen ist.

Geheime Verbindungen und gesellige Vereine, von welchen anzunehmen ist, daß sie die Erhaltung der socialdemokratischen Parteiorganisation bezwecken, wurden hier nicht gegründet.

Der Bürgermeister v. E(ich)

Konzept, handschriftlich, 2 1/2 S.

Nr. 38

1884 Febr. 29 - Nippes

Herrn Landrath

Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung

Verfügung vom 10. Juli 1880 u. 26. Dez. 1883

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich gehorsamst zu berichten, daß die Socialdemokratie hier an Boden gewinnt.

Am 23. Sept. 1883 fand auf der Mülheimerhaide eine öffentliche Versammlung von Socialdemokraten statt, worüber seiner Zeit besonders berichtet worden ist, auch erschienen in dem in Zürich herausgegebenen Blatt "Der Socialdemokrat" verschiedene Artikel, welche nur von hiesigen Socialdemokraten ausgegangen sein können.

Nach Publikation des Reichsgesetzes betreffend Krankenversicherung der Arbeiter vom 13. Juni 1883 sind hier, ohne daß öffentliche Versammlungen stattgefunden haben, jedoch jedenfalls auf Anregung socialdemokratischer Parteiführer, zwei Zahlstellen der in Hamburg domicilirten eingeschriebenen Hilfskassen "Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands" und "Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter" errichtet worden. Ersterer traten bei Gründung 17 letzterer 70 Mitglieder, fast ausschließlich Arbeiter der hies. Königl. Hauptwerkstätte, bei und steht zu erwarten, daß sich bei diesen Kassen noch mehr Arbeiter einschreiben lassen werden.

Bis jetzt waren die Arbeiter meistens Mitglieder der Werkstätten-Krankenkasse und wird der Austritt in politischen Gründen und darin zu suchen sein, daß die Statuten der Werkstättenkasse dem neuen Krankenkassengesetz angepaßt werden sollen, was den Arbeitern nicht zu conveniren scheint.

Die Polizei - Verwaltung in Hamburg theilte mir auf Anfrage mit, daß wenn auch viele Mitglieder der erwähnten Kassen der socialdemokratischen Partei angehörten, sich bis jetzt kein Anlaß gefunden habe, auf Grund des Socialistengesetzes gegen dieselben einzuschreiten.

(Forts. Nr. 38)

Eine strenge Controle der hier errichteten Zahlstellen soweit solche auf Grund des § 33 des Hilfscassengesetzes vom 7. April 1876 möglich, erscheint jedenfalls geboten. Auch dürfte es dringend notwendig sein, die Arbeiter der Königl. Hauptwerkstätte in Bezug auf ihr politisches Verhalten Seitens der Eisenbahnverwaltung strenger als bisher, jedoch nicht durch die Vorarbeiter, welche mehr oder weniger der socialdemokratischen Partei angehören sollen, beaufsichtigen zu lassen, da nach meinem dafürhalten die hiesigen Socialdemokraten mit wenigen Ausnahmen in der Hauptwerkstätte zu suchen sind. Zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes ist Seitens der Arbeitgeber in letzter Zeit nichts geschehen.

Der Bürgermeister v.E (ich)

Konzept, handschriftlich, eigenhändige Unterschrift, 4 S.

Nr. 39

1884 Aug. 30 - Nippes

Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung

Verf. vom 10. Juli 1880

Herrn Landrath

Euer etc beehre ich mich in Erledigung der nebenbezeichneten verehrlichen Verfügung gehorsamst zu berichten, daß die socialdemokratische Partei sich wieder rührig zeigt, in dem sie Druckschriften socialdemokratischen Inhalts zur Vertheilung bringt. Im Monat März c(urrentis) verbreitete der hier wohnende als Socialdemokrat bekannte Privatsecretär Theodor Krüll die verbotene Zeitung "Der Socialdemokrat". Bei der darauf im Hause des Krüll von dem hiesigen Polizeicommissar vorgenommenen Durchsuchung fanden sich noch verschiedene verbotene socialdemokratische Schriften vor. Gegen Krüll wurde Anklage auf Grund des § 19 des Socialistengesetzes erhoben, doch erfolgte in der Sitzung der Ferienkammer Königl. Landgerichts in Cöln zum 22. August c(urrentis) Frei-

(Forts. Nr. 39)

sprechung, obschon Königl. Staatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen beantragte. Bei dem Werkstättenarbeiter Wilhelm Schumacher hieselbst, ebenfalls der socialdemokratischen Partei angehörend, wurden bei einer Durchsuchung auch socialdemokratische Schriften beschlagnahmt. Ob Königl. Staatsanwaltschaft, welcher die polizeilichen Verhandlungen übersandt wurden, Anklage gegen Schumacher erhoben hat, ist nicht zu meiner Kenntniß gelangt.

In der Nacht vom 12. - 13. April wurde hier ein socialdemokratisches, am 15. April von Königl. Regierung zu Cöln verbotenes Flugblatt, betitelt "An das arbeitende Volk der Rheinprovinz" vertheilt, ohne daß es gelungen, die Verbreiter zu ermitteln.

Am Pfingstmontag, 2. Juni c(urrentis) versammelten sich einige Socialdemokraten in der Wirthschaft von Neunzig hieselbst, bei welcher Gelegenheit der Schlosser Joseph Franz aus Nippes, welcher der socialdemokratischen Partei angehören soll, sich beleidigende Äußerungen über Seine Majestät unseren Kaiser erlaubte. Die pol(izeilichen) Verhandlungen gegen Franz wegen Majestätsbeleidigung wurden der Königl. Staatsanwaltschaft eingesandt; ob gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, ist mir nicht bekannt.

Im Ubrigen benehmen die Socialdemokraten sich sehr vorsichtig, und treten öffentlich nicht auf, doch ist anzunehmen daß sie geheime Verbindungen unterhalten.

Zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes ist Seitens der Arbeitgeber in der letzten Zeit nichts geschehen.

Der Bürgermeister v. E. (Eich)
i. V. Der Beigeordnete

handschriftlich, 4 S.

Abbildung

Nippes, den 20. August 1884.

Gefängnis über den Mann
des Socialdemokratischen
Bewegung.

Neuf. vom 10. Juli 1880 N. 3492

Lehrer 99. Kopie ist mir in
Folgerung der unvollständigen
von manchen Nachrichten ge-
sprungen zu werden, daß die
Socialdemokratische Partei
auf wieder häufig zeigt,
wenn die Socialdemokraten
Socialdemokratischen Ju-
frets zur Abfertigung bring-
ten Monat März d. 1884.
Kreise der für mehrere
des Socialdemokratischen be-
kaunte Privatperson
Hof der Frau die man
bekannt ist Zeitung. der
Socialdemokratischen. hat

von E. Eich

N. 3202 I

Nr. 40

1886 Febr. 27 - Nippes

Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung

Verf(ügung) vom 10. Juli 1880

An das Königl. Landrathsamt zu Cöln

In Erledigung der nebenbezeichneten verehrlichen Verfügung beehre ich mich, gehorsamst zu berichten, daß die hiesigen Sozialdemokraten sich bei den am 28. und 29. Dezember 1885 hier stattgehabten Gemeinderathswahlen sehr rührig zeigten. Dieselben theiligten sich, da einer ihrer Hauptführer in der III. Abtheilung als Candidat aufgestellt war, fast ausnahmslos an der Wahl.

Seit dieser Zeit ist die socialdemokratische Partei wieder mehr in den Vordergrund getreten und sieht man die Anhänger derselben häufiger öffentlich zusammen verkehren ohne jedoch gegen das Socialistengesetz zu verstoßen.

Zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes ist Seitens der Arbeitgeber in letzterer Zeit nichts geschehen.

Der Bürgermeister v. E (ich)

handschriftlich, eigenhändige Unterschrift, 2 S.

< Abbildung zu Nr. 39 (Seite 2)

< Abbildung zu Nr. 39 (Seite 3)

< Abbildung zu Nr. 39 (Seite 4)

Nr. 41

1885 Mai 13 - Berlin

Ministerium des Innern

Eigenhändig

Die Bestattung notorischer Anhänger der socialdemokratischen Partei ist in neuerer Zeit an mehreren Orten dazu benutzt worden, um die im § 9 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 21.10.1878 ... characterisirten Bestrebungen an den Tag zu legen.

Nach der in Punkt IV des Circular-Erlasses vom 22. Okt. 1878 ... gegebenen Anweisung sind Leichenbegängnisse dieser Tendenz zu den öffentlichen Aufzügen zu rechnen und daher nach § 9 des Ges(etzes) zu behandeln.

Der demonstrative Character eines Leichenbegängnisses liegt dann vor, wenn als dessen Zweck die öffentliche Bekundung der socialdemokratischen Gesinnung angesehen werden muß. Es empfiehlt sich, derartige Demonstrationen vorgängig zu verbieten, bezw. in ihrer ersten Entwicklung zu verhindern, da ein polizeiliches Einschreiten, wenn ein öffentlicher Aufzug bereits im Gange ist, mit Schwierigkeiten verknüpft ist und leicht zu bedauerlichen Folgen führen kann.

Euer etc, ersuche ich ergebenst, die Polizeibehörden der für die Anwendung vorstehender Gesichtspunkte in Frage kommenden Ortschaften gefl(issentlich) mit vertraulicher Anweisung hiernach zu versehen.

Der Minister des Innern

gez. von Puttkammer

An den Kgl. Regierungspräsidenten Herrn von Sydow in Cöln

handschriftlich, 1 S.

Abbildung

Eigenschaften.

Die Befassung mit der Sache ist
sozialdemokratischer Natur ist in unserer
Zeit an unserer Stelle sehr beliebt.
Der, um die in § 9 Abs. 1 des Reichsges.
vom 2/10 1878 / R. G. Bl. 7. 371 / Gesetzlich.
ersten Bestimmungen an der Zeit zu liegen.

Man ist in §. IV des Circulars. Blattes
vom 22 Octob. 1878 - I 11251 - gegeben
Aussprache für die Befassung mit der Sache
zu den öffentlichen Angelegenheiten zu sehen und
nach § 9 des Ges. zu befehlen.

Der demokratische Charakter eines Reichs-
gesetzes liegt darin, dass der Gesetzgeber
in öffentlichen Angelegenheiten der sozialdemokratischen
Befassung ausgesetzt werden muss. Es
umfasst die, derartige demokratischen Ver-
hältnisse zu verstehen, auch in ihrer eigenen
Entwicklung zu verfolgen, da ein solches
Empfinden, wenn ein öffentliches Gesetz
in Frage ist, mit Gewissheit verbunden
ist und nicht zu bestimmten Folgen führen
kann.

Es ist nicht zu erwarten, die folgenden
Beforderungen für die Befassung mit der Sache
Gefühl zu erwecken in der Angelegenheit
auf. und verantwortlicher Amtsträger
zu befehlen.

Der Minister des Innern.

Gen. von Falkenstein.

Der
den 27. Programm der sozialdemokratischen Partei von
© ilu © P. 9. 161.

Nr. 42

1884 - Stuttgart

Flugblatt für August Bebel "An die Wähler des Reichstagswahl-
kreises Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach".

Druck (J.H.W. Dietz, Stuttgart), 2 S. Abbildung

Nr. 43

1891 Febr. 23 - Dünwald

Stempel des sozialdemokratischen Vereins für Dünwald

Nr. 44

1890 Nov. 13 - Dünwald

Wohlgeborener Herr Bürgermeister !

Wir unterzeichneten erlauben uns, durch beiliegenden Statuten,
Ihnen ergebenst mitzutheilen, dass sich heute in Dünwald ein
Sozialdemokratischer Verein konstituiert (konstituiert) hat.
Unser Verkehrslokal befindet sich bei Gastwirt J. Westhoff
in Dünwald. Unsere Versammlungen finden von Sonntag, den
23ten Nov. ab vorläufig alle 14 Tage Abends 6 Uhr statt. Mit
der Bitte von obigem Kenntniß zu nehmen und an den nachbezeich-
neten Vorsitzenden eine Bescheinigung der erfolgten Anmeldung
gelangen zu lassen. Zeichnet mit Aller Hochachtung
Der Vorstand

unseitig

- 1. Peter Frevel Vorsitzender
- 2. Gottfr. Erlinghagen Kassierer
- 3. W. Müller Schriftführer
- 4. Jacob Kollig Beisitzer
- 5. A. Gerdes

handschriftlich, 1 1/2 S.

Nr. 45

1890 Nov. 13 - Dünwald

Mitglieds-Verzeichniß des Sozialdemokratischen Vereins in
Dünwald.

handschriftlich, 2 S.

An die Wähler des Reichstagswahlkreises Mülheim, Wipperfürth, Gummersbach.

Nur noch etliche Tage, und die Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern haben wiederum ihre Stimmen abzugeben an der Wahlurne. Ein Jeder wird sich nun fragen, welcher von den Kandidaten vertritt meine Interessen am besten? Der liberale Kandidat kann unmöglich die Interessen der kleinen Leute vertreten, weil er die Interessen des Großkapitals vertritt; aber auch der Zentrumskandidat Dr. Mousfang vertritt unsere Interessen nicht, sondern diejenigen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Warum hat man Dr. Mousfang, der bis vor 3 Jahren beständig in Mainz, einer durch und durch katholischen Stadt, gewählt wurde, hier aufgestellt? Nun, weil man wußte, daß man denselben hier blindlings wählen würde, bloß weil er Mitglied der Zentrumsparthei ist, ohne zu untersuchen, inwieweit er die Rechte des Volkes vertritt. In Mainz wollten die katholischen Arbeiter den Dr. Mousfang nicht mehr, weil er für die indirekten Steuern, für Kornzölle eingetreten war. Wenn man sich überhaupt die Frage vorlegt, hat das Zentrum die Rechte des Volkes, der Arbeiter gewahrt? so muß mit einem entschiedenen Nein geantwortet werden. Schon die Zusammensetzung des Zentrums muß dem Blödesten die Augen öffnen, daß man von Grafen, Baronen, Freiherrn, Advokaten, Juristen u. s. w. nicht erwarten kann, daß sie für die Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern eintreten, es fehlt das Gefühl und das Verständniß für die Wünsche des Arbeiterstandes; so lange wie man das nicht selbst erlebt, kann man kein richtiges Herz dafür haben, und in's eigene Fleisch schneidet man sich nicht gern.

Um dies zu beweisen, braucht man bloß auf die Abstimmungen des Zentrums im Reichstage zurück zu blicken, um sofort zu finden, daß das Zentrum den gerechten Forderungen der Arbeiter stets entgegen getreten ist; wir erinnern bloß an die Abstimmungen über das Sozialistengesetz, Krankentassengesetz, Unfallversicherungsgesetz und die Zimmungsfrage. Trotzdem das Zentrum Jahrzehnte lang unter einem Ausnahmegeetze schmachtete, trotzdem die sozialistischen Abgeordneten immer und zu jeder Zeit gegen diese Ausnahmegeetze gestimmt, hatte man die Charakterlosigkeit im Zentrum soweit getrieben, 39 Mann abzukommandiren, um die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu ermöglichen. A. B e b e l, dem Arbeitervertreter, welcher in einer seiner besten Reden 1871 gegen die Ausweisung der Jesuiten geeifert, wurde mit dieser Abstimmung des Zentrums der Dank abgestattet. Bei der Krankenversicherung waren es ebenfalls die arbeiterfeindlichen Paragraphen, welche die Zustimmung des Zentrums fanden. Bei der Unfallversicherung war das Zentrum noch schlimmer als die Regierung, es stimmte für dreizehnwöchentliche Karenzzeit. Arbeiter, wißt Ihr auch, was es heißt, dreizehnwöchentliche Karenzzeit? es heißt einfach die Hauptlasten der Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Ihr erhaltet dann erst eure Unfälle vergütet, wenn Ihr Krüppel oder tobt seid, denn welcher Unglücksfall dauert länger als 13 Wochen, wo das hier Gesagte nicht einträte. Als die Regierung dem Arbeiter auch einige Rechte resp. Vertretung bei der Verwaltung der Unfallversicherung sichern wollte, da war es wiederum das Zentrum, welches dies zu nichte machte; da war es der Führer des Zentrums, Dr. Windthorst, der von der Tribüne des Reichstages herab erklärte, daß, wenn dies durchginge, also eine Vertretung der

Arbeiter, sie dies Gesetz zu Falle bringen würden. Und einem solchen Kandidaten soll ein Arbeiter seine Stimme geben? nie und nimmermehr; er wülhet dann gegen sich selbst. Wie kann ein Arbeiter, ein Handwerker, ein Kleinbauer u. s. w. einem Kandidaten seine Stimme geben, der für die Prügelstrafe schwärmt, für Verschärfung der Strafgesetze, für Neubelebung der längst begrabenen Zimmungen, für dreifache Kornzölle, für Kornzölle, dessen Vortheile nur dem Großgrundbesitzer zu Gute kommen, nimmermehr aber dem Kleinbauern, geschweige denn einem Arbeiter. Bei allen Arbeiterforderungen, als da sind: Normalarbeitsstag, Regelung der Lohnverhältnisse, Beschränkung oder Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, Regelung der Produktionsweise und der jetzigen schrankenlosen Konkurrenz, hat das Zentrum immer ein Wenn und Aber, es möchte gerne, doch darf es den Herren Kapitalisten nicht zu hart dran gehen, es sind ja auch von ihren Freunden dabei. Den passendsten Vergleich findet man: man denke sich eine reich mit den Genüssen dieser Erde bedeckte Tafel, woran sich die Reichen dieser Erde niedergelassen. Das Volk drängt sich in den Thüren und bittet, ein wenig mit genießen zu dürfen von dieser Tafel; zuerst wollen die Reichen nicht, schließlich einigt man sich, dem Volke etwas Dessert zu überlassen, man giebt ihm eine saure Traube, hängt dieselbe jedoch so hoch, daß Einer auf des Andern Schultern stehen muß um sie zu erlangen.

Man wirft uns vor, wir wollten die Religion vernichten, wir, die überzeugt sind, daß keine Religion, keine Meinungsäußerung sich mit Gewalt vernichten läßt; wir, die zu jeder Zeit eingetreten sind für die freie Entfaltung jeder Meinungsäußerung, jeder Ueberzeugung. Wir sagen bloß, mit unseren gerechten Forderungen, die wir an die Gesellschaft stellen, hat Religion nichts zu schaffen. Will jemand seine religiösen Gebräuche beibehalten, so mag er es ja thun, kein Mensch wird ihn daran hindern, mag sich jeder damit abfinden, wie er will; wir begreifen aber nicht, was dieses mit Normal-Arbeitsstag, Erhöhung der Löhne u. s. w. zu schaffen hat. Es ist das böse Gewissen, welches unsere Feinde diesen Trumpf ausspielen läßt, denn diejenigen, welche dieses thun, und zu diesen gehört das Zentrum, suchen unsere Köpfe zu verwirren.

Was kimmert es uns, zu welchem Bekenntniß der Kandidat gehört, wenn er nur voll und ganz für die Armen und Unterdrückten eintritt, wenn er zu jeder Zeit unentwegt den Großen dieser Erde den Spiegel der Wahrheit vor Augen hält, und das thut Herr August Bebel, der Kandidat der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern. Schlagt die Geschichte nach, forschet in den Annalen des Reichstages, Blatt um Blatt, Ihr findet ihn zu jeder Zeit, die Rechte des unterdrückten Volkes mit markiger Verebtheit verteidigend. Selbst ein Sohn aus dem Volke, hat er nie gewankt, ist er geblieben, was er immer war, der Anwalt des armen Mannes. Auf denn, Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern, wer eine Besserung seiner Lage erstrebt, der gebe seine Stimme dem

Drechslermeister August Bebel
in Plauen bei Dresden.

Das Arbeiterwahlkomité.

Nr. 46

1890 Nov. 13 - Dinnwald

Sozialdemokratischer Verein für Dinnwald
Statut

§ 1 Zweck und Mittel

Zweck des Vereins ist mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die sozialdemokratischen Propaganda zu fördern.

§ 2 Dieser Zweck soll erreicht werden durch

- 1) Abhaltung regelmäßiger Vereinsversammlungen
- 2) Errichtung einer zweckentsprechenden Bibliothek
- 3) Förderung und Verbreitung sozialdemokratischer Literatur
- 4) Förderung und Abonnement der sozialdemokratischen Parteipresse,
- 5) Diskussion der Tagesfragen,
- 6) Einwirkung auf allen öffentlichen Wahlen
- 7) Gewährung von Rechtsschutz in allen den Zweck des Vereins betreffenden Rechtsfragen
- 8) Möglichste Unterstützung aller derjenigen Vereinsmitglieder, welche durch ihre Parteithätigkeit unverschuldet in Noth gerathen sind, und zwar in moralischer wie materieller Hinsicht.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglied kann jeder werden, welcher das sozialdemokratische Parteiprogramm anerkennt, sofern seiner Aufnahme, durch ehrenrührige Handlungen, seinerseits nichts im Wege steht. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand, in letzter Instanz die Mitgliederversammlung.

§ 4 Pflichten und Rechte der Mitglieder

Jedes Mitglied zahlt bei seiner Aufnahme ein Einschreibegeld von 0,30 M und erhält dafür das Mitgliedsbuch gratis, außerdem einen wöchentlichen Beitrag von 0,10 M.

§ 5 Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Vereinsversammlungen regelmäßig zu besuchen und die Zwecke des Vereins zu fördern.

(Forts. Nr. 46)

§ 6 Jedes Mitglied ist wählbar und wahlberechtigt zu allen Ämtern des Vereins.

§ 7 Mitglieder, welche während der Dauer eines Vierteljahres keine Beiträge entrichtet haben, werden als freiwillig ausschieden (ausgeschieden), aus der Liste des Vereins gestrichen, sofern ihnen nicht seitens des Vorstandes Stundung bis höchstens zu der Dauer eines halben Jahres gewährt ist. Die Mitgliederversammlung ist berechtigt, in besondern Fällen die Beitragspflicht auf eine längere Zeit zu suspendieren.

§ 8 Der Ausschluß aus dem Verein erfolgt, wenn sich das Mitglied Handlungen zu Schulden kommen läßt, welche wieder das Interesse des Vereins verstoßen oder eine Verurtheilung wegen gemeinen Verbrechen erfolgt.

§ 9 Über den Ausschluß entscheidet der Vorstand, in letzter Instanz die Generalversammlung. Wiederaufnahme freiwillig Ausgeschiedener kann erfolgen, jedoch haben dieselben bei dem Wiedereintritt in den Verein mindestens ein Einschreibegeld von 0,50 M an die Vereinskasse abzuführen.

§ 10 Vorstand

Der Verein wird von fünf Vorstandsmitgliedern verwaltet und zwar:

- 1) Vorsitzenden
- 2) Kassierer
- 3) Schriftführer
- 4) Beisitzer
- 5) Beisitzer

§ 11 Der Vorstand besetzt bis zur nächsten Generalversammlung in seine Mitte eintretende Vakanzsen selbständig aus den Mitgliedern des Vereins. Die Wahlen für die Ämter des Vereins finden alljährlich statt.

§ 12 Der Vorstand erläßt mit Einverständnis der Mitgliederversammlung eine Geschäftsordnung welche für die Mitglieder bindet (bindend) ist, beruft und leitet die Versammlungen und ist berechtigt in dringenden Fällen auserordentliche Maßregeln im Interesse des Vereins zu treffen.

§ 13 Der Vorstand wird von der Generalversammlung welche zu diesem Zwecke stattfindet, gewählt. Die Wahlen finden mittelst Stimmzettel statt. Absolute Majorität entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 14 Der Vorstand hat Vierteljährig der Generalversammlung Bericht über die Vereinsthätigkeit zu erstatten und Rechnung zu legen.

§ 15 Auserordentliche Generalversammlungen beruft der Vorstand nach event. Bedürfnis. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung hat der Vorstand eine solche einzuberufen.

§ 16 Revisoren

Zur Kontrolle der Geschäftsführung wählt die Generalversammlung aus ihrer Mitte 3 Personen zu Revisoren welche nicht zum Vorstande gehören. Diese haben der jedesmal stattfindenden ordentlichen Generalversammlung Bericht zu erstatten. Die Revisoren haben das Recht der jederzeitigen Einsicht in die Kasse und Bücher des Vereins und ist der Vorstand verpflichtet, ihnen auf Erfordern jede diesbezügliche Mitteilung zu machen.

§ 17 Vereins (Vereinsversammlungen)

Die regelmäßigen Versammlungen finden alle 14 Tage sonntäglich statt.

§ 18 In allen denjenigen Fällen welche in diesem Statut nicht vorgesehen sind, entscheidet die Generalversammlung.

§ 19 Auflösung des Vereins

Der Verein kann nur aufgelöst werden auf Beschluß von mindestens 4/5 sämtlicher Vereinsmitglieder in einer zu diesem Zwecke einberufene Generalversammlung. Der betreffende Beschluß muß mittelst namentlicher Abstimmung erhoben werden. Über das etwa vorhandene Vereinsvermögen beschließt dieselbe Versammlung auf Antrag des Vorstandes (!).

Dünnwald den 13ten November 1890

Der Vorstand des Vereins

handschriftlich, 4 S.

1913 Juli - Dünnwald

An den Ortsschulinspektor Herrn Pfarrer Pape Hochwürden Dünnwald

Wiederholt habe ich erfahren, daß Sonntags in den Morgenstunden Schüler sich in der Nähe der Paffrath'schen Wirtschaft umhertreiben und in einem socialdemokratischen Verein mitturnen und spielen. Welche Gefahren dort unserer Jugend drohen, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Vielfach haben Schüler an solchen Sonntagen die heilige Messe verstümt. Manche der Eltern tragen die Schuld daran! Andere werden wohl nichts von dem Treiben ihrer Jungens wissen, sonst würden sie dieselben von dem oben genannten, übel beleumdeten Orte fernhalten.

Aus meiner Klasse sind dabei sehr oft gesehen worden:

Konrad Frevel, Gottfried Millen, Heinrich Annas, Heinrich Krämer, Peter Süß. Von den vier ersten kann man nichts Besseres erwarten. Besonders von dem Frevel kann man jetzt schon sagen, daß er ein angehender " Genosse " ist. Er benimmt sich sehr flegelhaft und hat für Worte, welche sich beim Unterricht auf Religion und staatliche Ordnung beziehen, ein höhnisches Lächeln.

Der Peter Süß hat zwar einen anständigen Vater, wird aber später für uns verloren sein, denn ich bin mit seinem Betragen durchaus nicht zufrieden. Eine Warnung der Eltern obengenannter Schüler durch Sie wäre vielleicht recht angebracht.

Am Sonntag feierte der socialdemokratische Verein ein Fest und machte einen Zug durchs Dorf. Die Schüler Konrad Frevel und Gottfried Miller aus meiner Klasse, sowie Ludwig Mager aus der Nordschule haben den Festzug durch das Dorf mitgemacht und wanderten stolz zwischen den Genossen. Ich meine, das ist ein starkes Stück und im Interesse unserer christlich national gesinnten Jugend ist es angebracht, hier einzuschreiten. Die drei Schüler haben auch, wie ich höre, am Abend im Festsale beim öffentlichen Turnen mitgewirkt. Vielleicht könnte die Polizeibehörde die nötigen Feststellungen machen. Indem ich Ihnen dieses anzeige, bitte ich Sie, die weiteren Schritte in der Sache tun zu wollen.

Euer Hochwürden ergebenster

Caspar, Hauptlehrer

Anmerkung: Konrad Frevel war der Sohn des Vorsitzenden des socialdemokratischen Vereins

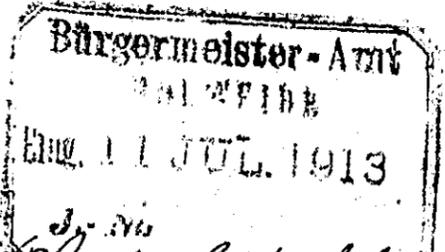
eigenhändig, 3 S.

Abbildung Abbildung zu Nr. 47 (Seite 1) >

Abbildung zu Nr. 47 (Seite 2) >

Dümmwald, Kirchstraße, den 9. Juli 1913.

An
den Ortsvorsteher
Herrn Herrmann Tape
Gefährten
Dümmwald.



Wiederholt habe ich erfahren, daß Donnerstag in
den Morgensstunden Vorleser sind in der Nähe
der Kassette Wirtshaus im Vertrauen und
in einem socialdemokratischen Vertrauen mit
Körnern und Spiele. Wahrscheinlich haben die Leute
Freunde haben, brauchen ich wohl nicht weiter aus
zusprechen. Wahrscheinlich haben Vorleser an solchen Plätzen
haben die fehlige Massen verfälscht. Manche der
Leute tragen die Wirkung davon! Anderer werden wohl
nicht von dem Vertrauen ihrer Freunde wissen,
sonst würden sie vielleicht von dem oben
genannten, über bestimmten Ort haben
haben.

32-54

Auch meine Klasse sind dabei sehr oft gewesen
werden: Konrad Frevel, Gottfried Miller,
Günther Anas, Günther Krämer, Peter Lips.
Aber da wir es schon kann man nicht lassen
werden. Besonders von dem Frevel kann man
jetzt schon sagen, daß er ein ausgeprägter „Genosse“
ist. Er brümmet sich sehr feighaft und ist für
Alles, was er beim Unterrichte auf Religion und
sonstige Ordnung bezirgen, ein sehr feighaft
Lügner. Dem Peter Lips ist genau ein unverständiger Charakter,
wird aber später für sich zu erklären sein, denn ich
mit seinem Verhalten durchaus nicht zufrieden.
Eine Warnung der Eltern über genanntes Vorleser
die man nicht mehr ausbraut.

Der Donnerstag findet der socialdemokratische (Klassen)
ein Fest und macht einen Zug durch Dorf. Die
Vorleser Konrad Frevel und Gottfried Miller aus
meiner Klasse, sowie Ludwig Mager aus der Nor
straße haben den Festzug durch das Dorf mitgemacht
sind wunderbar Platz zwischen den Genossen. Es
meine, das ist ein starkes Stück und im Interesse



unseren schriftlich national gesinnten Freunden
ist es angebracht, dies anzukündigen. Die
drei Defiler haben sich, wie ich für, am Abend
im Saal beim öffentlichen Turnen mitge-
wirkt. Willst du die Polizeibehörde die
nötigen Empfehlungen machen. Zudem ist
dies sehr wichtig, bitte ich Sie, die
nötigen Schritte in der Sache hier zu machen.

Ihre hochachtungsvoll ergebene

Caspar, Hauptkassier.

Münster, den 10. Juli 1913.

Sei

das Wohlwollende

inbrünstigst gewilligter Caspar
mit der Bitte um dankbare
Verständigung, damit die
sich nicht weiterholen kann
grüße

H. J. J. J.
Polizeibehörde

Nr. 48 und 49

1896 Aug. 23 - Thurn
Liste des Vorstands des "Arbeiter-Gesang-Verein 'Aufgewacht'
Thurn"

handschriftlich, Kopfbogen des Vereins, Stempel, 1 S.
Abbildung

Nr. 50

1895
Maifeier, Titelblatt
Druck, 1 S.

Abbildung

Nr. 51

1895 Mai 4 - Milheim
Telegramm des Polizeipräsidenten: "Beschlagnahme der Druckschrift
Maifeier 1895 ... von Strafkammer wieder aufgehoben."
handschriftlich, Vordruck, 1 S.

Nr. 52, 53

1905 Dez. 20 - Milheim
1906 Aug. 6 - Milheim
Der Polizeiinspektor an das Bürgermeisteramt: Liste der neu-
eingetretenen Mitglieder in den Sozialdemokratischen Volksver-
ein für den Wahlkreis Milheim, Wipperfürth, Gummersbach.
handschriftlich, Kopfbogen, 3 S. als Beispiel

Nr. 54

1893 - Köln
Flugblatt: "Achtung! Bürger! Arbeiter! Kölns, Milheims und
Umgebung!"
Druck (Verleger A. Hofrichter, Köln; Druck von F. Mermel, Köln),
1 S. Abbildung

Nr. 55

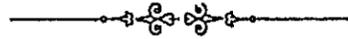
1892 - Köln
Flugblatt: "Schlechte Zeiten".
Druck (Adolf Hofrichter, Köln), 2 S.



Motto: Frei sei das Lied, uneingeschränkt,
Wenn es im Text des Volks gedenkt.

Arbeiter-Gesang-Verein „Aufgewacht“ Thurn

Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes Rheinlands.



Thurn, den 23/8 1896.

*aus Wohlthätigkeit
Bürgermeister Ernst
Meyer heisst.*

*Bitte haben Sie meine Mitgliedschaft
mit 1 Pf. zur Unterstützung für 1896/97
jetzt an den Blitz überlassen*

Pr. 23/8. 96 Nr. 5954

*H. ent.
J. t. a.
v. l. J. A.
Rehm.*

- I. Vorsitzender: Gerhard Börsch
- II. " Johann Keller.
- I. Cassierer: Hermann Löffler.
- II. " Christian Löffler.
- I. Schriftführer: Jakob Türschheid.
- II. " Josef Klein.

Joseph ...



32-56

Nr. 56

1894 - Köln

Flugblatt: "An die Arbeiter, Handwerker und Kleingewerbetreibenden Mülheims!"

Druck (Rheinische Zeitung), 2 S.

Nr. 57

1897 - Hamburg

Flugblatt: "Das Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht".

Druck, 2 S.

Nr. 58

1895 Mai 21 - Berlin

Ministerium des Innern

Auf den gefälligen Bericht vom 21./19. Februar des Jahres ...
erwidern wir dem Königlichen General - Commando und Ew. Excellenz bei Rückgabe der Anlage ganz ergebenst, daß auch wir durch die erwiesene Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei den Mangel der nöthigen moralischen Qualifikation für den einjährig-freiwilligen Dienst für dargethan erachten.

Es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß für die Verweigerung oder Entziehung des Berechtigungsscheines nicht der Verdacht sozialdemokratischer Gesinnungen oder Bestrebungen genügt, wie es oft allein aus dem häufigern Besuche sozialdemokratischer Versammlungen oder aus dem gelegentlichen Verkehr in sozialdemokratischen Wirthschaften hergeleitet wird. Auch junge Leute, die erweislich unter sozialdemokratischem Einflusse oder in gewisser Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei gestanden haben, sind noch nicht von dem einjährig-freiwilligen Dienste auszuschließen, sofern sich annehmen läßt, daß sie nach Leistung des Fahneidees als ehrliebende Soldaten sich allen Bestrebungen, das Königthum zu stürzen, durchaus fernhalten werden. Unbedingt auszuschließen sind dagegen diejenigen, welche bereits eine gewisse Führerrolle als Agitatoren, Kassenverwalter und dergleichen in der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder als zielbewußte Anhänger oder eifrige Vertreter ihrer Lehren bekannt sind.

(Forts. Nr. 58)

Im Ubrigen versteht es sich von selbst, daß jeder junge Mann, der durch Äußerungen oder Handlungen einen Mangel an ehrliebender Gesinnung bekundet, die moralische Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienste nicht besitzt.

Der Kriegsminister
gez. Bronsart von Schellendorff

Der Minister des Innern
I.V. gez. Braunbehrens

Vervielfältigung, 1 1/2 S.

Nr. 59

1910 Sept. 13 - Holweide

Der Polizeikommissar an den Landrat betr. Ermittlungen über Lokale, in denen Sozialdemokraten verkehren. "Ob unter dieser Darlegung die bezeichneten Lokale zum Verkehr für Militärpersonen als nicht geeignet zu bezeichnen sein werden, wird dortiger Entschliebung anheimgegeben".

maschinenschriftliches Konzept mit eigenhändigen Korrekturen, Paraphe, 1 S.

Nr. 60

1910 Dez. 13 - Mülheim

Anzeige des Wirtes Peter Paffrath in der Mülheimer Zeitung: Lokalverbot für Sozialdemokraten.

Druck, Zeitungsausschnitt

Abbildung



Gefehrt, bedelicht, so wandern wir,
Vom Kampf ums Brod getrieben -
Da, Ach! auf leuchtendem Panier
steht unser Kreuz geschrieben:
Bereingt Euch! Der Willen hat,
Er macht das Volk der Arbeit frei!

1902 Nov. 24 - Mülheim

Polizei-Verwaltung.

Vernehmung eines Beschuldigten

96

wegen:

Verhandelt Mülheim am Rhein, den 24^{ten} November 1902

Zur Person:

- 1. Vor- und Zuname: *Heinrich Heitmann*
- 2. Rufname zu unterschreiben, bei Frauen ist der Name des Ehe-mannes zuerst anzuführen: *Schlosser*
- 3. Stand oder Gewerbe: *Dissident*
- 4. Religion: *Dissident*
- 5. Geburtsdatum: *7. 5. 1855*
- 6. Geburtsort: *Greifswald*
- 7. Kreis: *dito*
- 8. Staat: *Preussen*
- 9. Staatsangehörigkeit: *Preussen*
- 10. Letzter Aufenthaltsort: *Reichs-Anstalt Greifswald*
- 11. Wohnort: *Reichs-Anstalt Greifswald*
- 12. Straße und Hausnummer: *Friedrich H., Postbote (verstorben)*
- 13. Vor- und Zuname, sowie Stand des Vaters: *Karoline geb. Fanlaar*
- 14. " " " " " der Mutter: *verheiratet*
- 15. Vormundschaft: *Karoline geb. Reich*
- 16. Familienstand: *7 im Alter von 21 - 4 Jahren*
- 17. Vor- und Zuname, sowie Beruf der Ehegatten: *7 im Alter von 21 - 4 Jahren*
- 18. Zahl der Kinder: *7 im Alter von 12 bis 2 Jahren*
- 19. Sprache: *Nicht Soldat gewesen*
- 20. Militär-Verhältnisse: *Nicht Soldat gewesen*
- 21. a) bei gedienten Leuten: */*
- 22. b) bei Ersatz-Reservisten: */*
- 23. c) bei solchen, die das militärfähige Alter erreicht aber noch nicht gedient haben: */*
- 24. d) stimmen die Angaben zu 16. mit dem amtlichen Listen-Material überein? */*

(Forts. Nr. 61)

- 17. Orden und Ehrenzeichen: */*
- 18. Wandergewerbebeschein: */*
- 19. Vermögensverhältnisse: *Kostenzahlungsunfähig*
- 20. Leumund und Glaubwürdigkeit: *Außer den aufgeführten Strafen, Nachtheiliges nicht bekannt.*
- 21. Vorbestrafungen: *angeblich 3 Tage Haft wegen Bettelns und 2 x 15 M Geldstrafe wegen Übertretung des Vereinsgesetzes*

Nr.	Strafbare Handlung	Erkennendes Gericht	Datum	Strafmaß
1				
2				
3				
4				

H. ist ein bekannter hiesiger Sozialdemokrat! (Paraphe)

Zur Sache.

Den mir hier vorgezeigten Kalender betitelt " 1903 Rheinischer Volks-Kalender für das werktätige Volk in Stadt und Land " habe ich meinem Sohn zum Austragen am Sonntag, den 9. d. Monats, übergeben. Ich selbst hatte etwas am Bein, aus dem Grunde habe ich meinen Sohn damit beauftragt, weil ich denselben sonst selbst herumgetragen hätte. Den Namen desjenigen, welchen ich mit meinem Sohn geschickt habe, gebe ich nicht an, dem Gerichte werde ich den Namen angeben. Derartige Kalender werden jedes Jahr herausgegeben und von mir verbreitet. In diesem Jahr habe ich ungefähr 70-80 Stück verbreiten lassen. Die Kalender sind gedruckt und herausgegeben von der Rheinischen Zeitung in Cöln. Bezahlt werden derartige Bücher vom Agitations-Comitee in Köln, dessen Vorsitzenden ich mit Namen nicht kenne. Polizeiliche Erlaubniß habe ich nicht nachgesucht, weil ich mich dazu berechtigt fühlte.

v. g. u.

(vorgelesen, gesehen, unterschrieben)

H. Heitmann

g. w. o. (geschehen wie oben)

Hellwig, Polizeiwachtmeister

(Forts. Nr. 61)

Die in Rede stehenden Volkskalender sind nach den angestellten Ermittlungen unentgeltlich verteilt worden.

Müller Pol. 1902 Nov. 26

Bez. I läßt sich feststellen, ob die Kalender auf der Straße verteilt sind?
(Paraphe)

Daß Kalender auf der Straße verteilt worden sind, hat sich nicht feststellen lassen.

(Paraphe)

- 1. Eine strafbare Handlung ist nicht erwiesen.
- 2. z.d. A. (Paraphe)

Vordruck der Polizeiverwaltung, 3 S.

Nr. 62

1909 Okt. 26 - Köln

"Polizei und Druckschriftenverteilung", Artikel in: Rheinische Zeitung

Druck, 1 S.

Nr. 63

1909 März 31 - Berlin

25 Jahre Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Titelseite mit Rückblick auf die Zeit des Sozialistengesetzes.

Druck, 1 S.

Nr. 64

um 1903

Gewerkschaftshaus, Köln, Severinstraße, in: 40 Jahre Rheinische Zeitung, Köln 1931

Nr. 65

1907

Volkshaus, Köln, Severinstraße

Nr. 66

1903

Flugblatt: "Auf zur Landtagswahl".

Druck (Druck und Verlag der Rheinischen Zeitung), 2 S.

Abbildung zu Nr. 60 >

Hiermit zeige ich ergebenst an, daß mein

Total allen Gästen zugänglich ist, die auf dem
 Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen
 und sozialdemokratische Vereine Versammlungen
 bei mir nicht mehr abhalten können.
Peter Raffrath
Stammheim, Bahnhofstraße

Nr. 67

1906 Nov. 1 - Holweide

Betrifft: Sozialdemokraten

Anmeldung einer Versammlung für den 4. dieses Monats,
Nachmittags 4 Uhr im Lokale Paffrath Ww. Dünwald
Dem Polizei-Sergeanten Rasch zur Kenntnis, Überwachung und Bericht
Unterschrift v. B. (Bensberg) Bürgermeister

Holweide, den 5.11.1906

Die Versammlung die von etwa 150 - 200 Personen besucht war,
wurde um 5 Uhr von dem Einberufer Willmann eröffnet.

Tagesordnung:

1. Das Zentrum und die Sozialdemokratie
2. Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung drückte Willmann seine Freude
darüber aus, daß es den Sozialdemokraten gelungen sein, das von
der Centrumspartei im Verein mit der Behörde abgetriebene Lokal
der Ww. Paffrath wieder zu erobern und erteilte dem Referenten
Hofrichter aus Cöln zur Tagesordnung das Wort. Dieser sprach volle
2 Stunden über gewöhnliche Sachen, wie Steuer, Zölle, Militärange-
legenheiten, Reichsschulden, Kolonialpolitik u. s. w.

Das Zentrum wurde als eine arbeiterfeindliche Partei hingestellt,
das an dem Zustandekommen aller den Arbeiter schädigenden Gesetze
schuld sei. Redner erläuterte sodann, daß in denjenigen Gegenden
Deutschlands, wo das Centrum unbeschränkt walte, es mit den sozialen
Zuständen am schlechtesten bestellt sei und daß gerade die der
Zentrumspartei angehörenden Arbeitgeber die Arbeiter am meisten
ausbeuteten z. B. Graf Balestrem, Zilkens u. s. w.

Redner meinte, wenn der Stifter der christlichen Religion-Christus -
noch einmal auf die Erde käme, so würde er sicher wieder zur Geißel
greifen und den größten Teil der scheinheiligen, heuchlerischen Zen-
trumsmänner aus dem Tempel hinaustreiben. u. s. w.

Mit Bezug auf die Regierung und Behörden blieb Redner mit seinen
Ausdrücken sehr anständig.

Als II. Redner sprach Wilhelm Busche aus Dünwald (Zentrumsmann)

(Forts. Nr. 67)

der verschiedene Punkte des Hofrichter zu widerlegen suchte.
Es kam zu einer äußerst aufgeregten Auseinandersetzung, bis
Willmann gegen 8 1/2 Uhr durch Schluß der Versammlung der Sache
ein Ende machte.

Zur Deckung der Unkosten wurde ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig
erhoben.

Kalling, Polizei-Commissar

handschriftlich, 1. Seite Vordruck der Polizeiverwaltung, 4 S.

Nr. 68

o. D.

Portrait von Adolf Hofrichter, in: 40 Jahre Rheinische Zeitung, 1931
Abbildung

Nr. 69

1913

Flugblatt: "Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf !".

Druck (Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer
u. Co., Berlin), 2 S.

1878.

1878.

18

18

Erstes Halb-
jahr.Zweites Halb-
jahr.Erstes Halb-
jahr.Zweites Halb-
jahr.

1. Woche.	2. Woche.	1. Woche.	2. Woche.	1. Woche.	2. Woche.	1. Woche.	2. Woche.
3.	4.	3.	4.	3.	4.	3.	4.
5.	6.	5.	6.	5.	6.	5.	6.
7.	8.	7.	8.	7.	8.	7.	8.
9.	10.	9.	10.	9.	10.	9.	10.
11.		11.	12.	11.	12.	11.	12.
13.	14.	13.	14.	13.	14.	13.	14.
15.	16.	15.	16.	15.	16.	15.	16.
17.	18.	17.	18.	17.	18.	17.	18.
19.	20.	19.	20.	19.	20.	19.	20.
21.	22.	21.	22.	21.	22.	21.	22.
23.	24.	23.	24.	23.	24.	23.	24.
25.	26.	25.	26.	25.	26.	25.	26.